

Bernhard Vogel

„WIR SIND VON ANFANG AN FÜR DIE EUROPÄISCHE AUS-SÖHNUNG EINGETRETEN BEI ALLER PROBLEMATIK ZWISCHEN CHRISTDEMOKRATEN UND KONSERVATIVEN UND IN VIEL STÄRKEREM MASSE ALS KURT SCHUMACHERS SPD“



Bernhard Vogel, geboren am 19. Dezember 1932 in Göttingen, 1953 Abitur in München, Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft in München und Heidelberg, 1960 Promotion zum Dr. phil., bis 1964 Assistent am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Heidelberg, 1960 Eintritt in die CDU, 1965–1967 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1967 Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands Pfalz, 1976–1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1975–2006 Mitglied des CDU-Bundesvorstands, 1989–1993 und 2001–2009 Vorsitzender der KAS, 1993–2003 Ministerpräsident von Thüringen.

Das Interview fand am 13. Oktober 2011 in Wien statt und wurde geführt von Michael Gehler, Marcus Gonschor, Hinnerk Meyer und Johannes Schöner.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident a.D. Dr. Vogel, Sie wurden 1932 in Göttingen geboren. Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft, Ihrem Elternhaus und Ihrer Schulzeit sagen?

Ich bin in Göttingen geboren, bin aber kein Niedersachse und kein Hannoveraner. Weil mein Vater nach dem Ersten Weltkrieg nicht Offizier bleiben konnte, hat er ein ähnliches Fach studiert, wie es sein Vater an der Universität München gelehrt hat. Damals war es undenkbar, dass man an einer Fakultät promovierte, wo der Vater Professor war. Deswegen ist mein Vater am Ende seines Studiums von München nach Göttingen gewechselt, wo er promovierte und sich später auch habilitierte. Unser Göttinger Aufenthalt ändert nichts daran, dass wir Bayern, dass wir über Generationen Münchener sind und nicht Niedersachsen.

Mein Vater hat 1934 den ersten Ruf an die Universität Gießen angenommen, wo er eine Professur für Tierzucht und Milchwirtschaft bekleidete – sehr zum Kummer meiner Mutter. Gießen war eben nicht Bayern und immer noch sehr, sehr weit von München entfernt. Bis heute weiß ich, dass meine Mutter ungern in Gießen gelebt hat. Ich dagegen bin in Gießen aufgewachsen und habe die schönsten Jahre meiner Kindheit dort verbracht. Auch Gießen ist ein Stück Heimat für mich geworden, obwohl es nicht in Bayern liegt. Diese Kindheit ist im Grunde im Sommer 1943, als ich zehn Jahre alt war, zu Ende gegangen, weil mein Bruder zum Militär einrücken musste. Das war – wie sich später herausstellen sollte – auch das Ende unserer Gemeinsamkeit in der Familie. Als mein Bruder zwei Jahre später aus dem Krieg zurückkam, war er nur noch Gast am elterlichen Mittagstisch. Die Gießener Universität war nicht nur zerstört, sondern auch größten Teils geschlossen. Dort konnte er also nicht studieren. Wir haben eigentlich seit 1943 nicht mehr kontinuierlich und über längere Zeit gemeinsam am familiären Tisch gesessen. Ganz wichtig: Die unterschiedlichen politischen Entwicklungen meines Bruders und mir sind weniger familiär bedingt, wie das im Nachhinein von kenntnislosen Interpreten gedeutet worden ist. Ich habe in Gießen ein humanistisches Gymnasium besucht, war allerdings im Gegensatz zu meinem Bruder kein Einserschüler, sondern einer von der Art, der in einigen Fächern sehr gut und in anderen eher schlecht war. Meine Lehrer, die fast alle auch meinen Bruder in der Schule schon erlebt hatten, verstanden das nicht und legten es pädagogisch auch falsch aus: als ständigen Vorwurf, mein Bruder sei doch sehr viel besser gewesen – was einen als Bub bekanntlich sehr ärgert. 1948 war mein Vater beruflich in die Nähe von München gewechselt. Einen Wohnungstausch damals zu bewerkstelligen, war sehr schwierig. Zum Glück meiner Mutter konnten wir aber nach München übersiedeln, wo ich 1953 Abitur machte. Dann habe ich zu studieren begonnen, allerdings, was damals viel unüblicher war als heute, nicht zuhause in München, sondern in Heidelberg.

Ihre Kindheit und Jugend fällt in die Zeit von Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg und der Nachkriegsjahre. Welche Erinnerungen haben Sie daran?

Eine Fülle. Im Rückblick war zunächst nicht die Kriegszeit das Ende einer behüteten Kindheit, sondern das Ende des Krieges. Wir haben im Krieg nicht gehungert und außer, dass mein Bruder im Feld war, auch nicht unter dem Krieg gelitten. Das hat sich schlagartig mit den schwe-

ren Bombenangriffen auf Gießen im Dezember 1944 geändert. Meine Eltern hatten beim Arzt ein Attest erwirkt, dass ich nicht zum Dienst beim Jungvolk tauglich sei, weil ich Asthma hätte. Das war ein gutes Werk meiner Eltern, aber für mich als Buben eine sehr, sehr schlimme Erfahrung, weil ich eben am Montag in der Schule nicht von irgendwelchen Fahrten, Geländespielen und sonstigen Erlebnissen im Jungvolk berichten konnte. Meine Erinnerung an diese Zeit ist geprägt vom Bedauern, nicht dabei sein zu dürfen. Das hat mit Ideologie und Nationalsozialismus überhaupt nichts zu tun gehabt. Man wollte halt gerne dabei sein, wenn etwas passierte und wo man etwas erleben konnte. In Erinnerung habe ich vor allem auch neben den Bombenangriffen ab Dezember 1944, dass in unserer Nähe bei einer großen Fabrik Baracken aufgeschlagen wurde, wo russische, man hörte es seien in großer Zahl ukrainische Frauen, als Zwangsarbeiterinnen arbeiten mussten und abends ihre volkstümlichen Lieder sangen.

Sie haben schon erwähnt, dass Sie 1953 Ihr Abitur gemacht haben. Danach haben Sie ein Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft in München und Heidelberg absolviert. Wer waren für Sie prägende Lehrer?

Die eigentliche Entscheidung war, ein Fach zu studieren, das damals noch kaum jemand studierte und von dessen Nutzen auch kaum jemand überzeugt war – Soziologie. Weil der Nestor der deutschen Soziologie Alfred Weber³³⁶, der Bruder von Max Weber³³⁷, noch in Heidelberg lebte, habe ich in meiner Naivität gemeint, dass ich, wenn ich Soziologie studieren wollte, dorthin gehen müsste. Das war eine etwas naive Vorstellung, obwohl ich dann tatsächlich noch in das Seminar dieses hochbetagten Gelehrten, der nach dem Krieg in Heidelberg eine sehr bedeutsame Rolle gespielt hat, gekommen bin. Ich bin dann sogar noch die letzten zwei Jahre seines aktiven Wirkens sein privater Hilfsassistent gewesen. Eingetragen habe ich mich neben Soziologie auch für Nationalökonomie. Ich dürfte Soziologie studieren, wenn ich das Diplom in Volkswirtschaft ablegte, meinte mein Vater, der die Soziologie für eine brotlose Kunst hielt. Später rückte dann Geschichte und

336 | Alfred Weber (1868–1958), deutscher Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, 1907–1933 und 1945–1958 Professor an der Universität Heidelberg.

337 | Max Weber (1864–1920), deutscher Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, 1896–1903 Professor an der Universität Heidelberg.

vor allem Politische Wissenschaft in den Vordergrund, die ich am Anfang meines Studiums noch nicht im Blick hatte. Die Heidelberger Szene in den frühen 1950er Jahren war höchst interessant, wobei man Ihrer Generation heute sagen muss: Man darf die Situation von heute und damals nicht einfach vergleichen. Man muss wissen, dass die Umstände vollkommen unterschiedlich waren. Es gab 4.000 Studenten, heute sind es 25.000. Es gab ein sehr, sehr viel freieres und ungezwungeneres Leben. Man hatte kaum formale Zwänge. Ich habe 1953 begonnen und außer ein paar Scheinen in volkswirtschaftlichen Fächern bis 1960 keinerlei Zwischenprüfungen oder Examen gemacht. Ich habe mich völlig frei bewegt. Es gab höchst interessante Figuren in Heidelberg, zunächst vor allem und natürlich fast ausschließlich Männer, Professoren, die vom Nationalsozialismus gezeichnet waren, z. B. der große Alexander Rüstow,³³⁸ der eigentliche Nachfolger von Alfred Weber. Rüstow hatte den Nationalsozialismus in der Türkei überstanden und ein großes dreibändiges Werk zur Ortsbestimmung der Gegenwart geschrieben, das uns damals sehr beschäftigt hat.³³⁹

Der Philosoph Karl Löwith³⁴⁰ stand mit seinem Buch „Von Hegel zu Nietzsche“ im Mittelpunkt der damaligen philosophischen Diskussion. Er hatte den Krieg in Tokio überlebt und war dann nach Heidelberg zurückgekehrt. Sein Kollege und Konkurrent war Hans-Georg Gadamer,³⁴¹ der sich mit den alten lateinisch-griechischen Philosophen beschäftigte.

In der Volkswirtschaft lehrte Erich Preiser,³⁴² der mit einem kleinen Werk über die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung von sich reden machte. Er folgte dann bald einem Ruf nach München.

In der Geschichte lehrte ein sehr strenger und außerordentlich kenntnisreicher Professor: Werner Conze.³⁴³ Über dessen NS-Vergangenheit

338 | Alexander Rüstow (1885–1963), deutscher Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, 1950–1956 Professor an der Universität Heidelberg.

339 | Alexander Rüstow: *Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universal-geschichtliche Kulturkritik in drei Bänden.* Erlenbach u.a. 1950–1963.

340 | Karl Löwith (1897–1973), deutscher Philosoph, 1952–1964 Professor an der Universität Heidelberg.

341 | Hans-Georg Gadamer (1900–2002), deutscher Philosoph, 1949–1968 Professor an der Universität Heidelberg.

342 | Erich Preiser (1900–1967), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1946–1956 Professor an der Universität Heidelberg.

343 | Werner Conze (1910–1986), deutscher Geschichtswissenschaftler, 1957–1979 Professor an der Universität Heidelberg.

wurde damals kein Wort geredet, obwohl dessen Assistent, Reinhard Koselleck,³⁴⁴ eigentlich gelernt hatte, kritische Fragen zu stellen. Die ganze Diskussion um Conze ist erst Jahrzehnte später geführt worden (Ingo Haar,³⁴⁵ Peter Schöttler³⁴⁶). Wir wussten, dass er aus Königsberg kam – der Nationalsozialismus aber spielte keine Rolle. Ein weiterer wichtiger Akteur war Carl Joachim Friedrich,³⁴⁷ ein Deutscher, der aus Harvard zu uns kam – für die damaligen Verhältnisse ganz ungewöhnlich. Er hatte einen Lehrstuhl in Harvard und in Heidelberg. Er lehrte ein Semester in Harvard, eines in Heidelberg. Friedrich war nicht wegen des Nationalsozialismus oder des Antisemitismus nach Amerika gegangen, sondern ganz normal beruflich vor 1933. Für mich wurde dann vor allem Dolf Sternberger³⁴⁸ bestimmend, ursprünglich Redakteur der *Frankfurter Zeitung*. Er überlebte zusammen mit seiner jüdischen Frau, die er versteckt gehalten hatte, in Heidelberg. Nach der Schließung der Zeitung 1943 arbeitete er bei einem Unternehmen namens Sturz Kontakt. Nach 1945 hat er zusammen mit Karl Jaspers³⁴⁹ und Alfred Weber in Heidelberg die Monatsschrift *Die Wandlung* und später *Die Gegenwart* begründet. Das waren für die damalige Zeit zwei ganz entscheidend prägende Zeitschriften. Die bereits angedachte Neugründung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ist zunächst nicht gelungen, weil die Amerikaner darauf bestanden, dass kein alter Titel übernommen wird, während diejenigen, die sie neu gründen wollten, auf der Kontinuität des Namens bestanden hatten. Die Gründung gelang erst verhältnismäßig spät. Sternberger wurde später zunächst Honorar-, dann Ordentlicher Professor und mein eigentlicher Lehrer.

Rüstow, Löwith, Gadamer, Preiser, Friedrich, Alfred Weber bis zu seinem Tod, Conze und Sternberger bildeten den Kreis meiner prägenden Lehrer.

344 | Reinhard Koselleck (1923–2006), deutscher Geschichtswissenschaftler, 1968–1973 Professor an der Universität Heidelberg.

345 | Ingo Haar: *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*. Göttingen 2002.

346 | Peter Schöttler (Hg.): *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*. Frankfurt/Main 1999; Ders.: *Einsatzkommando Wissenschaft: neue Forschungen zum Verhalten deutscher Gelehrter im „Dritten Reich“*, in: *Die Zeit* 54 (1999), 33, S. 39f.

347 | Carl Joachim Friedrich (1901–1984), deutsch-amerikanischer Politikwissenschaftler, 1931–1966 Professor an der Harvard University und 1956–1966 an der Universität Heidelberg.

348 | Dolf Sternberger (1907–1989), deutscher Politikwissenschaftler und Journalist, 1962–1972 Professor an der Universität Heidelberg.

349 | Karl Jaspers (1883–1969), deutscher Psychiater und Philosoph, 1921–1937 Professor an der Universität Heidelberg.

Eine wichtige Rolle spielten für mich auch die älteren Assistenten, unter anderem Karl Ferdinand Werner,³⁵⁰ der später das Deutsche Historische Institut in Paris leitete.

Können Sie Dolf Sternberger für uns charakterisieren? Er ist durch das Schlagwort des „Verfassungspatriotismus“ bekannt geworden. Hat das damals schon eine Rolle gespielt?

Nein, das hat am Anfang gar keine Rolle gespielt. Sternberger war eine ungewöhnliche Gelehrtenpersönlichkeit. Man wusste nie, ob der Journalist oder der Politische Wissenschaftler dominierte. Das führte auch gelegentlich zu Kritik. Dolf Sternberger war ein Mann des Wortes, ein Mann der Feder. Er schrieb über Jahrzehnte bedeutsame Kommentare in der FAZ. Über 15 Jahre lang gab er auch am Wochenende einen Kommentar im Hessischen Rundfunk. Er galt für uns als der Vater des englischen Parlamentarismus in Deutschland, auch weil er eine Wählergesellschaft zur Einführung des Mehrheitswahlrechts gegründet hatte. Nur in dem sah er die Stabilität von Volksparteien gewährleistet.

Ich war Mitglied eines Forschungsseminars bei ihm, das er freitags am Nachmittag dreistündig abhielt. Jeder Doktorand musste alle fünf bis sechs Monate vom Fortgang seiner Arbeit berichten. 1955 erschien dort auch ein Ludwigshafener Student namens Helmut Kohl. Zwischen Sternberger und Kohl hat sich aber nie eine sehr enge Beziehung entwickelt. Sie haben sich respektiert. Der eine war dem anderen zu bärbeißig und zu rustikal, als dass er zum englischen Gentleman Sternberger gepasst hätte. Der andere war dem einen zu theoretisch, zu wenig mit der politischen Praxis vertraut. Folglich haben sie sich bald wieder getrennt. Kohl hat dann nach dem Freitod von Fritz Ernst³⁵¹ bei Walther Peter Fuchs³⁵², der später in Erlangen eine Professur hatte, promoviert.

Das Wort „Verfassungspatriotismus“ stammt aus einem frühen Leitartikel Sternbergers und hat erst viel später öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Sternberger, der die Wiedervereinigung erhoffte, wollte deutlich

350 | Karl Ferdinand Werner (1924–2008), deutscher Geschichtswissenschaftler, 1965–1968 Professor an der Universität Mannheim, 1968–1989 Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris.

351 | Fritz Ernst (1905–1963), deutscher Geschichtswissenschaftler, 1937–1963 Professor an der Universität Heidelberg.

352 | Walther Peter Fuchs (1905–1997), deutscher Geschichtswissenschaftler, 1962–1973 Professor an der Universität Erlangen.

machen, dass man auch im geteilten Deutschland der Verfassung, dem Grundgesetz, Patriotismus entgegenbringen könne.

Herr Vogel, Sie waren als sehr junger Mensch schon an Fragen interessiert, die an die Legitimierung der Demokratie direkt herangehen. Schon 1963 haben Sie sich mit dem Thema Wahlrecht, mit den Auswirkungen der regionalen Unterschiede in der Bundesrepublik auf das Wahlrecht, aber auch mit unterschiedlichen Wahlsystemen in Europa beschäftigt. Sehen Sie im Rückblick eine Möglichkeit über Parteienkontakte oder innerhalb der CDU, Einfluss auf nationale Wahlsysteme zu nehmen? Hat man hier eine Bewusstseinshaltung schaffen können?

Auf die letzte Frage lautet die Antwort: Ja. Zumal Sie gut daran tun, ein Wahlrecht nicht mit einfacher Mehrheit zu beschließen, sondern eine möglichst breite Zustimmung, zumindest in Deutschland die Zustimmung der beiden großen Volksparteien, zu erreichen. Mein Interesse rührt daher, dass Sternberger und sein Forschungsseminar sich natürlich der Bedeutung des Wahlrechts für den demokratischen Staat voll bewusst waren. Das Engagement Sternbergers hatte ich ja schon erwähnt. Unabhängig von der Geschichte des Parlamentarismus war klar, dass Wahlrecht und Verfassung die grundlegenden Voraussetzungen für das Gelingen einer Demokratie sind. In diesem Zusammenhang hat Sternberger uns einmal auf das Buch eines gewissen Karl Braunias³⁵³ aufmerksam gemacht, der sich am Ende der Weimarer Republik mit dem Wahlrecht in den Ländern Europas beschäftigt hatte. Sternberger gab uns die Anregung, man müsse wieder einen „Braunias“ schreiben.³⁵⁴ Als ich dann einen Lehrauftrag hatte und ein Proseminar über Wahlrecht abhielt, habe ich dann eine Arbeitsgruppe Wahlrecht gegründet. Eines ihrer Mitglieder war ein gewisser Dieter Nohlen,³⁵⁵ der, wie sich das dann fügte, sein ganzes Leben lang Handbücher über Wahlrecht schrieb und publizierte. Das Braunias-Buch hatte den Krieg im Keller des Berliner Verlages unversehrt überlebt. Wir haben den inzwischen sehr alten Herrn in Wien besucht und uns an die Arbeit gemacht. Wir planten zunächst einen Band über das Wahlrecht in den

353 | *Karl Braunias (1899–1965), österreichischer Diplomat und Staatsrechtler, 1933–1956 Professor an der Universität Wien.*

354 | *Karl Braunias: Das parlamentarische Wahlrecht. Ein Handbuch über die Bildung der gesetzgebenden Körperschaften in Europa. Bad Feilnbach 1932.*

355 | *Dieter Nohlen (geb. 1939), deutscher Politikwissenschaftler, 1974–2005 Professor an der Universität Heidelberg.*

Ländern Europas. Wie es im Universitätsbetrieb so üblich ist, sollte der erste große Band von Dolf Sternberger herausgegeben werden. Die Kärnerarbeiten hatten Nohlen und ich gemacht. Den Artikel über Deutschland hatte ich geschrieben. Als mein Name dann später interessanter geworden war, wurde ich Mitherausgeber und Nohlen hat weiter die Kärnerarbeit gemacht. Seitdem ist Wahlrecht aber auch für mich ein ganz entscheidendes Thema – nicht zuletzt in der Praxis. Ich habe persönlich eine gewisse Veränderung vollzogen: Ich war ein prononcierter Anhänger des relativen Mehrheitswahlrechtes. Die Entscheidung der Großen Koalition von 1967, eine Wahlrechtsreform durchzuführen, habe ich nachhaltig begrüßt. Heute, über 40 Jahre später, hat sich unter dem Eindruck meiner englischen Europaerfahrung das Bild etwas gewandelt, weil ich stärker als früher die antieuropäische Grundhaltung der englischen Konservativen mit dem Mehrheitswahlrecht in Verbindung bringe. Ein Mehrheitswahlrecht, das war die große Stärke bei Sternberger, bindet die Abgeordneten an nicht so große Wahlkreise. Aber ein Mehrheitswahlrecht begrenzt das Vorhandensein von Politikern mit wahlkreisübergreifender Verantwortung. Es fehlt, wie ich heute mit einem deutschen Begriff sagen würde, die Landesliste, die einen Ausgleich schafft. Aus diesem Grund bereitet mir das Verhalten der britischen Konservativen bis hin zu David Cameron, der allerdings mehr ein Getriebener als ein Treiber in der Europafrage ist, Kummer. Deshalb schwenke ich nicht mehr ganz so heftig die Fahne des relativen Mehrheitswahlrechtes.

Sie haben schon auf Helmut Kohl verwiesen. Man sagt Ihnen nach, dass Sie bereits seit Ihrer Studienzeit in Heidelberg ein freundschaftliches Verhältnis zu ihm pflegten. Wie ist es zu dieser Verbindung gekommen und können Sie uns den jungen Helmut Kohl ein wenig charakterisieren?

Zunächst erinnere ich mich an einen Samstag in Heidelberg. Damals fuhren auf der Hauptstraße noch Autos, Motorräder und Straßenbahnen. Ein paar Kollegen und ich standen beisammen. Auf einer grünen Lambretta – diese italienischen Roller kamen damals auf – fuhr ein Hüne von Mann mit einem kleinen Beifahrer hinten auf dem Soziussitz vorbei. Einer in unserem Kreis fragte, ob wir den Helmut Kohl gesehen hätten. „Der wird einmal Ministerpräsident von Rheinland Pfalz“, sagte er. Das war meine erste Begegnung. Auf dem Rücksitz saß ein Ägypter, den er Deutsch gelehrt hat – wie hinterher erzählt wurde. Ich wusste, dass Kohl aus dem nahen Ludwigshafen stammte, folglich nicht in

Heidelberg wohnte. Damals spielte das Wohnen am Studien- und Universitätsstandort eine sehr große Rolle und man fuhr auch nicht alle drei Wochen nach Hause. Man war das Semester über in Heidelberg. Diese Zirkel und Kreise, in denen man sich bewegte, waren sehr wichtig. Helmut Kohl gehörte diesen nicht an, weil er nur ein paar Kilometer weiter zu Hause war. Ich bin ihm dann immer wieder begegnet, aber auch nicht in enger Freundschaft, zu der es später kam, zumal wir ja nur ein Fach, nämlich die Politik, gemeinsam hatten – er als Nebenfach, ich als Hauptfach. Kohl hatte daneben Staatsrecht, Mittelalterliche Geschichte usw. belegt. Wir sahen uns z. B. bei Sternberger im Seminar. Man war normalerweise zu dieser Zeit als Student in keiner Partei – und wenn, dann allenfalls in der SPD. In der CDU zu sein, war unüblich. Wenn man es war, hat man es nicht gesagt. Helmut Kohl war insofern eine Ausnahme, als er keine Minute einen Zweifel daran ließ, dass er aktives CDU-Mitglied war. Das hat das Klima etwas verändert, weil sich dann auch Sozialdemokraten zu ihrer Parteimitgliedschaft bekannten. Für Sternberger war das aber nicht von Interesse. Ich bin ihm dann erst wieder begegnet, als ein Kreis von Leuten aus der Gegend von Speyer in Rheinland-Pfalz – Heidelberg liegt in Baden-Württemberg – mich fragte, ob ich für den Bundestag kandidieren wolle. Sie setzten hinzu, dass sie allerdings Helmut Kohl noch fragen müssten. Daraus hat sich eine Diskussion um meine Bundestagskandidatur entwickelt. Helmut Kohl hat meine Kandidatur offen unterstützt. Von dem Zeitpunkt an, Herbst 1964, habe ich dann engeren Kontakt zu ihm bekommen. Dass wir uns duzten, dazu kam es erst viele Jahre später. Allerdings hat sich dann ein langer, jahrzehntewährender gemeinsamer Weg herausgebildet, der keineswegs immer spannungslos verlief – aber das ist ein anderes Thema.

Wann sind Sie der CDU beigetreten und was waren für Sie die ausschlaggebenden Motive?

Weil ich mich schon als Schüler mit der christlichen, vor allem der katholischen Soziallehre befasst hatte, stand für mich außer Zweifel, dass ich, wenn ich einer Partei beitreten würde, nur die CSU bzw. die CDU in Frage käme. Aber sowohl Friedrich wie Sternberger waren strikt der Meinung, dass man, wenn man die Politik als Wissenschaft betrieb, keiner Partei beitreten solle. Das waren deren nachdringlich bekundete Überzeugungen. Durch die enge Zusammenarbeit hinterließen ihre Aussagen eine gewisse Wirkung bei mir. Dann kam ein Kraftfahrzeugmechaniker auf mich zu, der so alt wie ich und Vorsitzender der CDU-

Stadtratsfraktion in Heidelberg war, und mich schließlich als Kandidat für die nächsten Stadtratswahlen zu Beginn der 1960er Jahre gewann. Er hat mich breitgeschlagen. Weil ich natürlich nicht für die CDU kandidieren konnte, ohne Mitglied zu sein, bin ich dann 1960 in die CDU eingetreten. Ich habe es Sternberger ein wenig verlegen nachträglich bekannt. Er war aber liberal genug und hat es akzeptiert. Später hat er sich sogar darüber gefreut und war stolz darauf, dass ich zunächst Kultusminister und dann Ministerpräsident wurde. Jahre später hat er mir eines seiner Bücher mit der Widmung „to my first Prime Minister“ dediziert.

Wann haben Sie zum ersten Mal „Europa“ bzw. den europäischen Integrationsgedanken wahrgenommen und welches Bild hatten Sie zu dieser Zeit von „Europa“ und dem, was es einmal werden sollte?

Ich habe sehr viel Verständnis für Ihre Frage, nur haben Sie bitte auch Verständnis für meine Antwort. Ich kann jetzt kein Datum nennen. Es hat sich aus der Sympathie für die Adenauersche Außenpolitik entwickelt. Denken Sie an die Szene, als der Kanzler zu Gast bei der Alliierten Hohen Kommission auf dem Petersberg bei Bonn entgegen der Verabredung auf den roten Teppich trat und damit den Anspruch auf Gleichberechtigung symbolisch zum Ausdruck brachte. Die Adenauersche Außenpolitik hat sich aus der Notwendigkeit entwickelt, zunächst einmal Anerkennung in Europa – damals ausschließlich Westeuropa und im Grunde Frankreich – zu finden. Meine Europavorstellungen? Sie können es sich nicht vorstellen: Ich war 17 Jahre alt, als ich zum ersten Mal die deutsche Grenze überschritt, um mit einem Pilgerzug nach Rom zu fahren. Heute waren die Leute mit 18 schon in Australien. Europa schloss in meiner Vorstellung Frankreich, Italien, Österreich und die Schweiz ein – aber natürlich noch nicht MOE. Es gab den Eisernen Vorhang. MOE war kommunistisch. Der heute übliche Europabegriff hat sich sehr viel später verfestigt. Dass es zum Abschluss der Römischen Verträge – Rom 1957 – kam, hat mich begeistert, zuvor das Scheitern des EVG-Vertrages im französischen Parlament am 30. August 1954 hat mich tief enttäuscht.

Von 1965 bis 1967 gehörten Sie dem Deutschen Bundestag an. In diese Zeit fallen das Ende der „kurzen“ Kanzlerschaft Ludwig Erhards sowie die Etablierung der ersten Großen Koalition auf Bundesebene. Was waren Ihre wichtigsten Eindrücke?

Ich hatte das Glück, für einen Wahlkreis nominiert zu werden, den es vorher nicht gab. Bekanntlich muss in Deutschland nach jeder Wahl überprüft werden, ob die Größe der Wahlkreise noch der Bevölkerungsentwicklung entspricht. Der Wahlkreis Neustadt-Speyer ist wegen Zunahme der Bevölkerung aus Teilen anderer Wahlkreise neu gebildet worden, so dass ich keinen Vorgänger hatte. Ansonsten wäre vermutlich auch niemand auf die Idee gekommen, mich zu nominieren. Ich bin natürlich, nachdem ich mich entschlossen hatte, zu kandidieren, im Alter von 31 Jahren mit Feuereifer an die neue Aufgabe herangegangen und habe zu meiner eigenen Überraschung den Wahlkreis auch gewonnen. Übrigens nicht zuletzt wegen einer sehr tatkräftigen Unterstützung des damaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard, der einen ganzen Tag mit mir durch diesen weinreichen Wahlkreis gereist ist. Am Morgen nach der Wahl bekam ich ein Telegramm vom Fraktionsvorsitzenden Barzel, das mich sehr bewegt hat: „Willkommen im Kreis der Kollegen“. Das Telegramm war eine kollegiale Botschaft und eine Einladung zu einer Fraktionssitzung am kommenden Donnerstag. Dann bin ich zum ersten Mal in meiner Eigenschaft als Parlamentarier nach Bonn gefahren und habe gedacht: Jetzt wird regiert. Nach 40 Minuten war die Sitzung mit der Feststellung zu Ende, dass nun über die notwendige Koalitionsbildung verhandelt werden müsse, was aber nur ein kleiner Kreis tun könne; in ein paar Wochen würden wir wieder voneinander hören. Eine Stunde später stand ich wieder am Bahnhof und fuhr zurück. Das waren mein erster Eindruck und das Aufeinandertreffen von erwarteter Bedeutung und Realität im Herbst 1965. Auch wenn wir über 200 Mitglieder in der Unions-Koalition waren, bedeutete es doch einen etwas überraschenden Beginn. Sehr bald hat sich dann 1966 die Erhard-Krise entwickelt. Da ich ja nur bis 1967 im Bundestag blieb, gehört rückblickend der Sturz Erhards zu den prägendsten Erlebnissen in meiner Bundestagszeit. Ich hatte mit Erhard ein glänzendes Bundestagswahlergebnis erzielt und mit ihm gewonnen. Von den begeisterten Feiern für Erhard bis zu dem bedeutenden Satz von Rainer Barzel, man könne nicht beschließen, dass Erhard Kanzler sei und bleibe, sondern nur, dass Erhard Kanzler sei, verging nicht viel Zeit. Letzteres war der absolute Tiefpunkt. Die Nachfolgefrage hat uns wochenlang sehr beschäftigt.

In dieser Phase, die Sie beschrieben haben, spielte der (noch schwelende) auch öffentlich ausgetragene Konflikt zwischen Atlantikern und Gaullisten eine Rolle. Wie haben Sie diese Kontroverse erlebt und worum ging es eigentlich dabei?

Die Frage Atlantiker oder Europäer hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion über Jahre mit unterschiedlicher Heftigkeit beschäftigt. Es ging schlicht gesagt darum, ob Frankreich oder die USA für uns wichtiger sind. Da gab es selbstverständlich eine starke Truppe, die gute Gründe hatte und sagte: Frankreich in allen Ehren, aber ohne Amerika geht gar nichts. Es ging im Grunde immer um die Erhaltung der Freiheit von Westdeutschland und um die Wiedervereinigung. Die heutige junge Generation erinnert verständlicherweise weniger scharf, dass wir ja eine Zeit hinter uns hatten, wo die mitteleuropäischen Länder wie Dominosteine dem Kommunismus zum Opfer fielen. Sie dürfen nicht vergessen: Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion war zunächst auf die Einheit Deutschlands ausgerichtet. Die UdSSR wollte die Einheit Deutschlands erhalten. Konträr war Frankreich, das sich vor Deutschland fürchtete, es auflösen wollte. Auch Churchill hat zunächst durchaus Vorstellungen einer Aufteilung Deutschlands gehabt. Sie müssen nur Lenin und Marx lesen: Die Zukunft des Kommunismus in Europa hing davon ab, dass auch Deutschland kommunistisch wurde. Es war ohnehin gegen alle Erwartungen, dass die Revolution in Russland und nicht in Deutschland begann. Das Ziel, das Fallen der Dominosteine zu bremsen, war fast noch vorrangiger als die Befreiung der sowjetischen Besatzungszone vom Kommunismus. In dieser Situation war die Frage nach Partnern von entscheidender Bedeutung. Auf der Seite der Atlantiker spielte natürlich das Argument, dass wir nur durch die Amerikaner gerettet werden können, die größte Rolle. Auf der anderen Seite war die Überzeugung weit verbreitet, dass, wenn es nicht zu einer fundamentalen Aussöhnung mit Frankreich käme, es in Europa nicht zu der damals noch keineswegs selbstverständlichen Akzeptanz Deutschlands als Partner kommt. Sie dürfen nicht vergessen, dass die ganzen Verbrechen des Nationalsozialismus erst schrittweise bekannt und bewusst geworden sind. Das berühmte Treffen Adenauers mit dem israelischen Premierminister David Ben Gurion in New York 1960 war eine der Voraussetzungen. Als ich in die Fraktion kam, spielte der Konflikt zwischen Atlantikern und Gaullisten keine so große Rolle. Adenauer war sich seiner Außenminister meist nicht ganz sicher. Am klarsten war er in der Zeit, wo er selber Außenminister war. In Brentano hat er sich getäuscht, weil er ihn für schwächer hielt als er war. Mit Schröder hatte er ein ambivalentes Verhältnis, weil er sich nicht völlig einvernehmen ließ und selbst gerne Kanzler geworden wäre. Ich habe es vor allem an der Seite von Karl Theodor von Guttenberg erlebt. Er hatte ein großes Weingut in Deidesheim in meinem Wahlkreis. In diesem Refugium fand übrigens auch die dramatische Begegnung statt, auf der man übereinstimmte,

Erhard zu stürzen. Kohl und Guttenberg hatten einen Kreis Vertrauter nach Deidesheim eingeladen. Über die Sitzung ist von einem Teilnehmer berichtet worden. Eigentlich war das der Anfang des Sturzes von Erhard.

Kommen wir noch einmal auf die Debatte zwischen Atlantikern und Gaullisten zurück. Können Sie noch ein wenig konkretisieren, wer Atlantiker, wer Gaullist war und wie diese Diskussion ausgegangen ist? Letztlich mit einem Votum für die USA?

Letztlich ist es ausgegangen wie das Hornberger Schießen und mit der Erkenntnis: Man brauchte beide. Es ist aber immer gefährlich, vom Ergebnis her zu fragen. Mit Zeitzeugen ist das immer das Problem. Die Historiker haben Ergebnisse – die Zeitzeugen nicht. Ich bin jetzt vorsichtig. Eine große Rolle spielte auch das Verhältnis zwischen Gerhard Schröder und Maurice Couve de Murville.³⁵⁶ Die beiden Männer waren sehr unterschiedlicher Meinung. Schröder war jedenfalls Atlantiker. Adenauer mochte Kennedy nicht. Kennedy verstand es nicht, sich der Sympathien Adenauers zu versichern. Genauso mochte Adenauer übrigens auch Johannes XXIII. nicht. Wir können über dieses Thema nicht reden, ohne 1989 zu berücksichtigen. Damals haben die Atlantiker ein letztes Mal Recht bekommen.

So ist es!

Das sage ich heute, kann es aber nicht aus Sicht des Sommers 1967 bestätigen.

Kommen wir auf Ihre Zeit in der Landespolitik von Rheinland-Pfalz zu sprechen. Von 1967 bis zum Wechsel Helmut Kohls in den Bundestag im Jahr 1976 waren Sie Kultusminister, danach folgten Sie Kohl im Amt des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, das Sie bis 1988 bekleideten. Wie haben Sie die Ablösung von Peter Altmeier³⁵⁷ durch Helmut Kohl erlebt?

356 | Maurice Couve de Murville (1907–1999), französischer gaullistischer Politiker, 1958–1968 Außenminister, 1968/69 Premierminister seines Landes.

357 | Peter Altmeier (1899–1977), Politiker und Mitbegründer der CDU, 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz.

Es war ein langer, von Kohl strategisch geplanter und sehr geschickt vorbereiteter, insgesamt für heutige Verhältnisse höflicher Abschied. Im Detail: Der eigentliche Beginn von Kohls politischem Aufstieg lag in der Notwendigkeit der CDU-Landtagsfraktion, einen stellvertretenden Vorsitzenden neu zu wählen – eine relativ unscheinbare Position, deren Bedeutung Kohl aber kannte und die er mit wenigen Stimmen Mehrheit gegen einen Koblenzer Kandidaten namens Heinz Korbach³⁵⁸ für sich entschied. Kurz nach dieser Wahl erkrankte der Fraktionsvorsitzende schwer und konnte für zwei Jahre nicht amtierern. Kohl war praktisch Fraktionsvorsitzender. Diese zwei Jahre hat er so genutzt, dass er, als der Vorgänger starb, mit 38 von 41 Stimmen zu seinem Nachfolger gewählt wurde. Während dieser Zeit hat er das Entscheidungs- und Machtzentrum für die Politik des Landes Rheinland-Pfalz Schritt für Schritt in die Fraktion verlagert – bis hin zu der ganz ungewöhnlichen Festlegung, dass in der Fraktion über die Besetzung der Ministerposten abgestimmt wurde. So etwas gibt es, glaube ich, bis heute kaum. Damals jedenfalls war es vollkommen ungewöhnlich. Kohls Ziel war es natürlich von Anfang an, Nachfolger Altmeiers zu werden. Das wurde durch die Tatsache begünstigt, dass Altmeier bereits seit fast 20 Jahren im Amt war. Altmeier wehrte sich zwar gegen eine Ablösung, aber nicht mit letzter Energie, weil er eigentlich mehr um den Zeitpunkt kämpfte als um die auch ihm deutliche Notwendigkeit eines Generationswechsels. Seinen Höhepunkt erreichte die Entwicklung im Wahlkampf von 1967, wo uns zu Gute kam, dass der Wahlkampf abgebrochen wurde, weil Konrad Adenauer wenige Tage vor der Wahl starb. Tage und Nächte lang wurde in allen Medien nur über Adenauer berichtet. Während er noch nicht beerdigt war, kam der Wahltag. Die CDU hat sehr gut abgeschnitten. Kohl hat bereits 1967 so auf die Kabinettsbildung eingewirkt, dass er, als er 1969 Ministerpräsident wurde, nicht, wie es sonst üblich ist, ein neues Kabinett bildete, sondern seines schon vorfand. Ein solches Modell ist selten, aber es war sehr erfolgreich. Die zwei von Kohl durchgesetzten Minister waren Heiner Geißler und ich. Natürlich waren wir deswegen zunächst keine von Altmeier geliebten Kollegen. Das kann man sich ja vorstellen. Es hat sich allerdings im Laufe der Zeit geändert. Jahre später, als Kohl ging, unterstützte mich Altmeier nachdrücklich. 1967 waren Geißler und ich aber beide in seinem Kabinett ungeliebt, weil wir beide natürlich als Speerspitze von Helmut Kohl galten.

358 | *Heinz Korbach (1921–2004), deutscher Politiker der CDU, 1951–1965 Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtags.*

Wie haben Sie die Landesregierung unter Führung Peter Altmeiers im Vergleich zu der von Helmut Kohl ab 1969 erlebt?

Da gibt es natürlich große Unterschiede – und zwar nicht nur im Alter. Der eine war von Anfang an der Vater des Landes. Ohne Peter Altmeier hätte dieses künstliche, von den Franzosen gebildete Land keine Zukunft gehabt. Dazu gehörte eben der, wie er in Koblenz im Volksmund hieß, „Fisch-Pitter“. Sein Vater hatte in Koblenz ein Fischgeschäft. Er war ein ehemaliger Zentrums-Mann, der oft mit einer Strickjacke auftrat und die Leute verstand. Man täuscht sich aber nicht: Er war keineswegs nur das. Er war bekanntlich ein Gegner der ersten Adenauer-Koalition, weil er für eine Große plädierte. Altmeier war ein Gegner des Saarstatuts und half mit, dass es nicht zum Tragen kam. Er hat gegen Adenauer das ZDF durchgesetzt und es auch nach Mainz gebracht. Er war bei der Verschwörung am Tag vor der Wahl des ersten Bundesratspräsidenten dabei. Adenauer, der ja alles festlegen wollte, beabsichtigte Hans Ehard³⁵⁹ aus Bayern diesen Posten zu geben. Am Vorabend opponierten die Ministerpräsidenten aber gegen Adenauer und wollten Karl Arnold gegen seinen Willen durchsetzen. Man unterschätze dies bei dem Biedermann Altmeier bitte nicht. Kohl dagegen gehörte eben, auch wenn er durch den Krieg geprägt war, zur Nachkriegsgeneration. Er war ein studierter Mann mit einer erheblichen historischen, aber auch sonstigen qualifizierten Ausbildung, was Altmeier so nicht war. Außerdem war Kohl auch Jahrzehnte jünger. Es waren Gegensätze, obwohl sie auch Gemeinsamkeiten hatten, insbesondere natürlich die Überzeugung von den christdemokratischen Grundsätzen.

Bereits seit Ende der 1940er Jahre bemühten sich Vertreter des christlich-demokratischen Parteienspektrums in Europa um eine Intensivierung ihrer Kontakte und Zusammenarbeit. 1965 gingen die NEI in der EUCD auf. Wie haben Sie die Gründung der EUCD erlebt? War das überhaupt ein Thema für Sie?

Dieses Thema habe ich aus sehr großer Ferne wahrgenommen. Im September 1965 bin ich ja gerade erst in den Bundestag eingezogen und habe mich dort für Kultur- und Sozialpolitik engagiert. Der Außenpolitische Ausschuss war damals für einen Neukommer nahezu uner-

359 | Hans Ehard (1887–1980), deutscher Politiker der CSU, 1946–1954 und 1960–1962 bayerischer Ministerpräsident.

reichbar. Das hat sich völlig geändert. Damals ist man noch nicht einmal auf den Gedanken gekommen, sich für diesen Ausschuss zu bewerben. Man musste als Junger in den Petitionsausschuss und hatte Glück, wenn man in den Sozialausschuss kam. Aber Außenpolitik war eine Sache für die ganz gestandenen Herren. Ich habe die Gründung der EUCD nicht so wahrgenommen, dass ich es heute noch erinnere.

Wann ist Ihnen eigentlich zum ersten Mal die Materie der christdemokratischen Parteienkooperation bewusst geworden?

Es gab zwei Einstiege für mich. Erstens: Wir hatten in Rheinland-Pfalz eine sehr frühe Freundschaft mit Burgund und von Mainz mit der französischen Stadt Dijon. Sie wurde von Altmeier und dem Kanonikus Kir³⁶⁰ initiiert. Heute können Sie ja in guten Restaurants einen Kir Royal bestellen, eine Mischung aus Sekt und schwarzen Johannisbeeren. Kir Royal passt aber überhaupt nicht zu Kir. Er war ein katholischer Kanoniker, Bürgermeister von Dijon und ein Freund Stalins – überraschenderweise, weil er ihm irgendwo einmal begegnet war. Als Kultusminister habe ich diesen Austausch sehr nachdrücklich unterstützt. Ich habe mich sehr um die deutsch-französische Kulturpolitik bemüht, z. B. Französisch als erste Fremdsprache im Grenzland Rheinland-Pfalz gefördert. Damals dominierte das Englisch noch nicht so sehr. Daraus entwickelten sich Kontakte. Ich war dann einmal als Ministerpräsident vier Jahre lang der Beauftragte für die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich – ein Posten, den in Deutschland immer ein Ministerpräsident bekleidet. Dadurch geriet Frankreich besonders in mein Blickfeld. Zweitens: Sehr bald geriet dann Polen in mein Blickfeld, weil eine deutsch-polnische Schulbuchkommission ins Leben gerufen wurde. Das war eine sehr undankbare Aufgabe, da wir tagelang in Warschau und dann auch in Deutschland darum rangen, was im gemeinsamen deutschen und polnischen Schulbuch stehen sollte. Die polnischen Kommunisten haben natürlich und zu Recht darauf bestanden, die Verbrechen der Nationalsozialisten aufzunehmen, den Hitler-Stalin-Pakt und Katyn wollten sie aber aussparen. Wir haben dann schließlich das „Deutsche Schulbuchinstitut“ in Braunschweig in Niedersachsen gegründet.

Das Georg-Eckert-Institut.

360 | Félix Kir (1876–1968), französischer Kanoniker und Politiker.

Ja, so hieß es später. Eckert war damals der erste Direktor.³⁶¹

Wer waren Ihres Wissens nach innerhalb der CDU die führenden Exponenten dieser europäischen Parteienvernetzung?

Natürlich war Helmut Kohl der führende Mann – gleich ob er schon Bundesvorsitzender war oder noch in Mainz. Natürlich war dieses Feld für ihn nur eines von vielen. Er hat immer sehr bald Leute gesucht, die sich umfassend und auch im Alltag dem annahmen, was er wollte. Das war seine typische Arbeitsmethode. Das ist ein sehr gesundes Prinzip. Für die Einigung der christlichen Demokraten war beispielsweise ein Mann wie Bruno Heck von Bedeutung. Für die Einigung der christlich demokratisch-konservativen Mitte-Rechts-Gruppe war ein Mann wie Kai-Uwe von Hassel wichtig. Kohl hat dann wegen seiner Erwartung auf absolute Verlässlichkeit mich – das lag ja nicht so furchtbar nahe – für die Betreuung des europäischen Ausschusses der EDU vorgeschlagen. Auf die Idee bin ich nicht selbst gekommen. Ich habe nicht gesagt, dass ich das machen möchte. Er hat gedrängt, ich müsse es machen. Später hat mich die Aufgabe erfüllt. Er wollte vor allem, dass ich auf den Österreicher Andreas Khol aufpasse, der ihm nicht immer so verbunden war – wie bekannt ist. Er wollte jemanden haben, auf den er sich auf jeden Fall verlassen konnte. Dann ist durch eigene Neigung und wegen des Vertrauensverhältnisses zu Kohl Egon Klepsch zu nennen, der lange Zeit JU-Vorsitzender war. In den höheren Rängen ist auch Gerhard Stoltenberg³⁶² zu nennen. Stoltenberg hat das nicht dynamisch betrieben, aber verlässlich. Selbstverständlich ist auch Franz Josef Strauß zu erwähnen und auch Edmund Stoiber, der sehr bald wesentliche Funktionen übernahm. Ich weiß nicht, ob ich jetzt jemanden wichtiges vergessen habe.

Kurt Biedenkopf?

Auch, aber Biedenkopf ist ein Generalist. Er hätte nie den EDU-Ausschuss leiten wollen. Vor mir bekleidete Ernst Albrecht diesen Posten. Ihn kann man nennen, weil er aus Brüssel kam, genauso wie übrigens

361 | Georg Eckert (1912–1974), deutscher Erziehungswissenschaftler und Politiker der SPD, Gründer und 1951–1974 Leiter des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig.

362 | Gerhard Stoltenberg (1928–2001), deutscher Politiker der CDU, 1965–1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, 1971–1982 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1982–1989 Bundesminister der Finanzen, 1989–1992 Bundesminister der Verteidigung.

auch Carl Ludwig Wagner, der später für kurze Zeit mein Nachfolger in Mainz wurde. Eines hat Biedenkopf getan: Er war der Ziehvater von Elmar Brok.³⁶³ Biedenkopf hat den ganz jungen Elmar Brok gegen Widerstände im nordrhein-westfälischen Landesverband als Europaabgeordneten durchgesetzt. Ohne Biedenkopf hätte es Brok nicht gegeben.

Wie würden Sie überhaupt das Verhältnis im Arbeitsaufwand zwischen Landes- und Bundespolitik, also quasi Innen- sowie Europa- und Außenpolitik bewerten? Sie haben ja bemerkt, dass Kohl seine Leute dafür hatte.

Kohl hatte seine Leute, die sich darum kümmerten. In besonderen Fällen ist er selbst aufgetreten, aber nicht so furchtbar gerne. Er ist nicht gerne zu den Konferenzen gekommen. Das Verhältnis im Arbeitsaufwand ist zu unterschiedlicher Zeit verschieden und bei unterschiedlichen Leuten ebenso verschieden. Es gibt Ministerpräsidenten, die sich sehr engagieren, Lothar Späth oder Erwin Teufel³⁶⁴ sind da Beispiele, und solche, die das Ausland überhaupt nicht interessiert. Europa ist für sie kein Thema.

Diese Frage ist fundamental, weil sie die Thematik, woran Europa krankt, berührt. Wie kann man Europa mehr auf die Beine helfen? Wie kann man die Dominanz der innen- und landespolitischen Probleme verringern?

Sie kann man nur verringern, indem man verhindert, dass Leute ohne jede Europaleidenschaft in Führungsämter kommen. Es gibt eben immer die Versuchung, auf Brüssel zu schimpfen und die Schuld dorthin abzuladen. Momentan ist Europafreundlichkeit keine Karriereförderung.

Zwischen 1975 und 2006 waren Sie Mitglied des Bundesvorstands der CDU. Wie haben Sie die letzten Jahre der langen Oppositionsphase der CDU (1969–1982) empfunden?

Für den Bundesvorstand und seine Tätigkeit ist elementar, ob wir den Kanzler stellen oder nicht. In den Zeiten, wo wir den Kanzler nicht stell-

363 | Elmar Brok (geb. 1946), deutscher Politiker der CDU, seit 1980 Mitglied des EP, außenpolitischer Koordinator und Vorstandsmitglied der EVP.

364 | Erwin Teufel (geb. 1939), deutscher Politiker der CDU, 1991–2005 baden-württembergischer Ministerpräsident.

ten, stieg die Bedeutung der der Union angehörenden Ministerpräsidenten sprunghaft an, um am Tage der Wahl eines Unionskanzlers gegen Null abzusinken. Das habe ich mehrfach erlebt. Es ist üblich, dass alle Parteivorsitzenden die Sitzung mit einem Bericht zur Lage beginnen. Wenn Sie sich die ansehen, habe ich, als ich 1976 Ministerpräsident wurde, erlebt, dass im Zentrum die Frage stand, wie sich die Ministerpräsidenten in der kommenden Bundesratssitzung verhalten. Es gab auch ggf. den Versuch – eine Besonderheit von Kohl – das geplante Verhalten zu ändern, wenn er das Verhalten für falsch hielt. Mit dem Oktober 1982 begann und endete der Bericht damit, was im Bundestag zu geschehen habe, Außenpolitik etc. Ab 1998 änderte es sich dann wieder. Bei Frau Merkel ist das zwar genauso wie geschildert, es gibt allerdings einen Unterschied: Sie verwendet fast nie auch nur einen einzigen Satz auf die Außenpolitik. Das ist ganz anders als bei Kohl. Die Berichte sind anders. Aber die Frage Bundesrat oder Bundestag ist über 30 Jahre hinweg unverändert geblieben.

Welche Bedeutung hatte die europäische Integrationspolitik für die CDU?

Eine fundamentale – wenn auch nicht immer im täglichen Erscheinungsbild. Wir sind die Partei, die in Deutschland die EDU gewollt hat und die Europa will. Wir sind die Partei gewesen, die als einzige bis zum Schluss an der Wiedervereinigung festgehalten hat. Auch da gab es sogar bei uns 1987 auf dem Parteitag in Wiesbaden leichte Irritationen. Dasselbe gilt für die EDU. Wir sind von Anfang an für die europäische Aussöhnung eingetreten, in viel stärkerem Maße als etwa Kurt Schumachers SPD. Er war eine legendäre Gestalt, der der anderen Volkspartei zum Wiedererstehen verholfen hat. Der Unterschied liegt darin, dass die CDU neugegründet wurde, während die SPD den Nationalsozialismus und den Krieg überlebte. Schumacher war nicht wie Adenauer Europäer. Seine Aussagen hatten eher nationalistische Züge. Das liegt in der Tradition seines Amtes. Er hatte das große Verdienst in der SPD, Hannover gegen Berlin durchzusetzen. Sie dürfen nie vergessen, dass in der Gründungs- bzw. Wiedergründungsphase der deutschen Parteien ganz Berlin zunächst sowjetisch besetzt war. Westzonen gab es erst ab Juli 1945. Zunächst agierten Männer wie Jakob Kaiser³⁶⁵ oder Ernst

365 | *Jakob Kaiser (1888–1961), deutscher Politiker der Zentrumsparterie, später CDU, 1949–1957 Minister für gesamtdeutsche Fragen, gilt als innerparteilicher Gegenpol Konrad Adenauers.*

Lemmer³⁶⁶ in der russischen Zone. Die Gründungen von SED, KPD und SPD fanden alle in der SBZ statt. Auch der Name „Union“ ist in der sowjetischen Zone geprägt worden – nicht im Westen. Adenauer war immer ein Berlinkritiker, aber auch Schumacher hatte begriffen, dass er von Hannover aus – und nicht ganz von ungefähr von der englischen Zone aus – arbeiten musste. Heute – das habe ich vor allem während meiner Zeit in Thüringen gemerkt – weiß kein Mensch mehr, dass es die französische, englische und amerikanische Zone gab und, dass es jahrelang viel schwieriger war, von Wiesbaden nach Mainz oder von Ludwigshafen nach Mannheim als von Bad Hersfeld nach Eisenach zu kommen. Die russische Zone war zunächst viel durchlässiger als die französische. Die Union ist seit ihrer Gründung die deutsche Europapartei. Seit Konrad Adenauer geht es ihr um die Aussöhnung mit Frankreich und um den Zusammenschluss aller demokratischen Länder Europas, um die europäische Integration.

Welche Fremdsprachen sprechen Sie eigentlich?

Viel zu wenige, und die sehr schlecht. Wenn überhaupt, dann Englisch. Ich habe nie Französisch gesprochen, weil ich Latein und Griechisch gelernt habe. Das ist ein großer Fehler. Für einen Politiker von heute geht es ohne Fremdsprachen gar nicht. Der muss Englisch fließend sprechen können.

Das Verhältnis zwischen CDU und CSU in Bayern war nicht immer spannungsfrei – auch nicht im Zusammenhang der christdemokratischen Parteienkooperation. Das Verhältnis zwischen den beiden Altpolitikern, Helmut Kohl und Franz Josef Strauß, war auch in außenpolitischer Hinsicht oft ein besonderes. Sehen Sie es ähnlich, dass die EVP mehr von der CDU favorisiert wurde und die CDU von den Bayern?

Nein! Zunächst möchte ich sagen, dass alles in allem die außenpolitischen Kontroversen zwischen Kohl und Strauß weniger heftig als die innenpolitischen waren. Das lag auch nahe, weil es in der Innenpolitik um konkrete, oft heftig umstrittene Entscheidungen ging. Sie könnten im Hinblick auf außenpolitische Kontroversen zwischen diesen beiden

366 | Ernst Lemmer (1898–1970), deutscher Politiker der CDU, 1957–1962 Minister für gesamtdeutsche Fragen, 1964/65 Vertriebenen-, Flüchtlings- und Kriegsgeschädigtenminister seines Landes.

natürlich z. B. die dramatische Nacht über die Polenverträge anführen, wo Goppel mit Kohl gegen den Willen von Strauß für die Verträge gestimmt hat. Es war eine der Großtaten Goppels, dass er die Mehrheit im Bundesrat für diese Verträge gesichert hat. Sie meinten mit Europa aber wohl weniger die Außen- und Ostpolitik als vielmehr die Integrationspolitik. Alles in allem waren die außenpolitischen Gegensätze nicht so in das Mark gehend wie die innenpolitischen. Wenn Sie eine hervorragende Charakteristik von Kohl und von Strauß lesen wollen, dann lesen Sie die Lebenserinnerungen von Hans Maier, dem ehemaligen bayerischen Kultusminister, der sowohl Kohl in hervorragender Weise beschreibt als auch Strauß. Diese Beschreibungen sind sehr treffend.³⁶⁷

Jetzt zur EVP und EDU: Nein, für Kohl war typisch – und das ist sein großes Verdienst –, dass er niemals die einen akzeptiert und die anderen abgelehnt hat. Er hat sehr früh erkannt, dass man beides braucht. Deswegen hat er natürlich – das liegt in seinem ganzen Wesen – die engere Familie christlich-demokratischer Parteien gestützt: die reinen christlich-demokratischen Parteien, wenn Sie so wollen. Er hat aber von Anfang an – alles andere wäre töricht gewesen – erkannt, dass man in Europa damit keine Mehrheit bekommen kann – vor allem von dem Augenblick an, wo nicht nur England, sondern auch das ihm selbstverständlich prioritär wichtige Frankreich ohne eine christliche Partei da stand. Er konnte mit seinem Europabild gar nicht nur auf die EVP setzen, denn sie war eine Minderheit, wenn auch eine sympathische und familiäre. Für uns Deutsche ist der immer verwendete Begriff „Mitte-Rechts“ unverwendbar, weil bei uns „Rechts“ nicht geht. Das muss man aus unserer Geschichte verstehen. Ich habe jedes Mal gezuckt, wenn Andreas Kohl in der EDU den Begriff „Mitte-Rechts“ verwendete. Ich muss bei diesem Begriff zucken, weil wir mit „Rechts“ etwas anderes verbinden, als die Mitte-Rechts-Parteien. Wir wollen die Mitte sein. Bei „Rechts“ geht sofort eine rote Ampel an. Es hat nichts mit der Einordnung als solche zu tun, wohl aber mit der Begrifflichkeit. Kohl hat natürlich von Anfang an, sonst hätte er mich dort gar nicht hin geschickt, die Lebensnotwendigkeit über die EVP hinauszugehen, begriffen. Beides war aber über Jahre unvereinbar. Wir haben alles versucht, aber die Belgier, die Niederländer und vor allem die Italiener in der EVP verweigerten sich der Kooperation mit den nicht christlich-demokratischen Parteien. Heute ist das eine Episode, weil es die DC

367 | Hans Maier: *Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931ff.* München 2011.

nicht mehr gibt. Damals aber war sie eine der stärksten nationalen christlich-demokratischen Parteien in Europa. Dass sie untergehen würde, das haben wir damals nicht gewusst. Zu jener Zeit konnte und wollte man auf die Italiener nicht verzichten. Wenn man nur die EDU gehabt hätte, wären die Italiener verloren gegangen. Das ging nicht. Man muss aber sagen, dass die ÖVP mit einer Österreich fälschlicherweise zunächst gar nicht zugetrauten Sensibilität die Chance erkannt hatte. Und das zu einer Zeit, wo Österreich ja weder in der EU war noch in die EU wollte. Heute stellt sich das natürlich anders da. Österreich erkannte sowohl die Chance der Einigung über die EU – denn in der EDU waren viele Landesparteien vertreten, die gar nicht in der EU waren – als auch über die christlichen Demokraten hinaus. Die ÖVP hatte auch noch das Glück, Volkspartei zu heißen – und nicht christlich-demokratische Partei. Die Österreicher hatten Persönlichkeiten, in Besonderheit später Alois Mock, die das ausnutzen konnten. Mock aber hatte über 15 Jahre lang in Andreas Khol einen getreuen Weggefährten besonderer Art. Selbstverständlich hatte Helmut Kohl immer große Sympathien für Österreich, dennoch aber auch ein leichtes Misstrauen gegenüber der EDU. Ich weiß, wie ungern er mit Thatcher und Chirac auf dem Podium saß. Ich weiß aber auch, dass er es immer wieder getan hat, weil er um die Notwendigkeit wusste – bevor er Kanzler wurde und erst recht als er es geworden war. Dieses leichte Misstrauen gegenüber der EDU hat sich natürlich auf Khol übertragen. Andere Nebensächlichkeiten kamen hinzu: Unter uns sprach man natürlich Deutsch, aber wenn es bedeutend wurde, sprach Khol Französisch oder Englisch. Allgemein bekannt ist die Szene, als während eines Treffens in Budapest Mock Englisch sprach, dann Khol Englisch sprach, dann József Antall Deutsch sprach und Kohl einen Zwischenruf machte: „Endlich einer, der Deutsch spricht!“ Später hat Kohl sehr stark den Aufstieg von Wolfgang Schüssel unterstützt.

Gehen wir noch einmal auf diesen Komplex ein. Sie haben viele Punkte angesprochen. Auf wen geht eigentlich die Gründung der EDU 1978 zurück? Wer waren die treibenden Kräfte? Wer kann für sich die Gründungsvaterschaft in Anspruch nehmen?

Die treibende Kraft war ganz klar die Einsicht, dass man außerhalb der christlich-demokratischen Kleinfamilie einen europäischen – auch über die EG hinaus gehenden – Zusammenschluss von christlichen und konservativen Parteien haben müsse. Wir haben darunter gelitten, dass wir uns selbst als die „nichtsozialistischen Parteien“ definierten. Das

war zu wenig. In der Kleßheim-Zeit (1978) spielte auch eine Rolle, dass es in Europa ein sozialistisches Dreigestirn gab, das das Sagen hatte: Brandt, Kreisky und Palme. Dagegen musste man etwas tun. Darum ist man nach Kleßheim gegangen, die EVP mit Rumor und Kohl alleine war zu wenig.

Wenn wir von der europäischen Familie der christlich-demokratisch-konservativen Parteien sprechen, welche standen Ihnen und der CDU damals am nächsten?

Von den EDU-Parteien?

Von den EDU- und EVP-Parteien.

Da muss man natürlich ein wenig unterscheiden. Im EP, wo es immer auch um die Stärke der Fraktionen ging, war es selbstverständlich, dass die Italiener, die Niederländer, die Belgier, die Luxemburger bei uns waren. In der EDU haben – jedenfalls in meinen Sitzungen – die Franzosen uns die meisten Schwierigkeiten gemacht: Pierre Lellouche³⁶⁸ etwa. Er war das Alter Ego Chiracs. Neben Edward Adami³⁶⁹ aus Malta, der nie zu reden aufhörte, obwohl er gar nicht so wichtig war, hat Lellouche uns bei den Entscheidungen – bei den Erklärungen, die wir verabschieden mussten – die größten Schwierigkeiten bereitet.

Darf ich fragen in welchen Punkten?

In allen Punkten, die ihm zu weit und in Richtung zu viel Einigkeit gingen. Selbstständigkeit – das war es, was er wollte. Ich meine, dass der heute noch aktuelle Streit um die Frage, was für ein Europa wir eigentlich haben wollen, über Jahrzehnte eine Rolle spielte. Wir Deutsche waren immer mit der Frage konfrontiert, wer in der Frage der Selbstbestimmung und Wiedervereinigung auf unserer Seite stand. Auch deswegen brauchten wir die EDU. Wir hatten mit den wenigen Partnern in der EVP keine Mehrheit.

Wie haben Sie eigentlich Alois Mock erlebt?

368 | Pierre Lellouche (geb. 1951), französischer Politiker der UMP, 2009–2012 Staatssekretär im Außenministerium seines Landes.

369 | Edward Adami (geb. 1934), maltesischer Politiker der Nationalistischen Partei, 1987–1996 und 1998–2004 Premierminister seines Landes.

Ich habe ihn als großen Europäer und verlässlichen Freund von Helmut Kohl erlebt, der ganz zum Schluss, wenn alles nicht mehr half, Kohl folgte. Alois Mock war nicht nur freundlich, sondern auch selbstbewusst. Er hat seine neutrale Position vertreten. Österreich war erfolgreich und hat erreicht, dass die Russen das Land verlassen haben. Wir haben das nicht fertiggebracht. Auch der österreichische Wunsch nach EU-Mitgliedschaft ist wichtig. Alois Mock ist der Vater der schlussendlichen EU-Mitgliedschaft Österreichs.

Kommen wir noch einmal auf Mock und Kohl zu sprechen: Sie haben auch Andreas Khol erwähnt und gesagt, dass es Helmut Kohl nicht begeisterte, wenn er auf Französisch zu parlieren begann. Gab es über dieses formale bzw. methodische Vorgehen hinaus auch in inhaltlichen Fragen Divergenzen? Wenn ja, welche?

Ja, weil die Österreicher nicht die Vorkämpfer eines einigen Europas waren, sondern einen Staatenbund favorisierten.

Da würde der europabewusste Österreicher jetzt sagen: In beiden großen Parteien gab es Stimmen, die verlauten ließen, dass das, was die Bundesrepublik Deutschland mit initiierte, eine kleineuropäische Lösung war, während die Österreicher das große Europa im Sinn hatten. Meine Frage lautet: War das Kohlsche Europabild nicht im Grunde genommen deckungsgleich mit dem Mockschen? Helmut Kohl hatte doch ein größeres Europabild als Adenauer.

Sie können doch die Zeit nicht völlig ausschließen bzw. aus der Diskussion nehmen. Sie können nicht erwarten, dass ein Bundeskanzler 1949 an ein großes Europa im Nahbezug denkt.

Erwarten kann man sich schon einiges von einem Politiker.

Gut, aber Entschuldigung: Konrad Adenauer wurde Kanzler eines Landes, von dem niemand ein Stück Brot nahm.

Reden wir von den 1950er oder 1960er Jahren!

Die letzte Rede im Ateneo in Madrid im Februar 1967 klingt anders als die Regierungserklärung von 1949. Es mag sein, dass es bei Adenauer wie bei Kohl solche Vorstellungen gab. Aber: Die Realitäten waren andere.

Das schließt aber nicht aus, dass man in größeren Vorstellungen denkt.

Nicht einmal Paul VI. dachte so. Er meinte, der Kommunismus werde noch 100 Jahre lang existieren – davon ausgehend hat er Kirchenpolitik gemacht. Von dieser Maxime ist er als Papst jahrelang ausgegangen und hat gewollt, dass der Katholizismus den Kommunismus überleben muss. Johannes Paul, sein Nachfolger, ging davon aus, dass der Kommunismus nur noch wenige Jahre lang existieren würde – er hatte Recht. Das macht die Geschichte ja so spannend.

Stimmt der Eindruck, dass die CDU es sehr gerne sah, dass die ÖVP sich die EDU auf die Fahne geschrieben hatte und Österreich als eine Art Platzhalter – oder sogar als Instrument, deutsche Interessen via ÖVP in der EDU zu vertreten – fungierte?

Ja, aber das Wort „Platzhalter“ ist mir zu schwach. Die Deutschen hatten nicht die Vorstellung, dass vorerst die Österreicher kommen und dann wir. Es ist über Jahrzehnte hinweg die Maxime der deutschen Außenpolitik gewesen, den Kleinen den Vortritt zu lassen. Es ist heute noch genauso. Nur Guido Westerwelle (FDP) begreift es gelegentlich nicht – aber das wollen wir übergehen. Österreich war kein Platzhalter und schon gar kein Instrument deutscher Interessen. Es war klug, dass einer der geeignetsten Repräsentanten der kleinen Länder verantwortlich wurde. Später hat Kohl den Schweden Carl Bildt sehr unterstützt – den Mock der späteren Jahre.

Von Thomas Jansen wissen wir, dass die EDU-Gründung von Seiten der EVP durchaus kritisch gesehen wurde. Gab es eigentlich auch innerhalb der CDU kritische Stimmen?

Ja. Zunächst einmal: Die Sympathien für Jansen waren bei Kohl geringer als die für Andreas Khol. Das hat innerparteiliche Hintergründe – das hängt mit Rainer Barzel zusammen. Natürlich haben Sie Recht: Es wurde kritisch gesehen. Aber es macht doch den Staatsmann Kohl aus, dass er in Kauf nahm, dass die EDU-Gründung in der EVP kritisch gesehen wurde und die Neigung Kohls zur EVP in der EDU kritisch. Kohl hielt eben beides kluger Weise für richtig. Gott sei Dank, war Kohl jemand, der nicht nur schwarz-weiß sah, sondern auch die Zwischentöne. Beides wollte er und beides hatte er auch durch enge Kollegen abgesichert, obwohl wir schon wussten, dass wir nicht hundertprozentig nur

auf seine Unterstützung bauen konnten. Das kommt in einem Amt, wie Helmut Kohl es innehatte, ständig vor. Er musste auch später nach 1989 beispielsweise mit Lothar de Maizière,³⁷⁰ mit dem er übrigens auch nicht so furchtbar gut harmonierte, Kompromisse eingehen.

Sie haben einen ganz wichtigen Punkt angesprochen: Kohl hat in den 1970er und auch in den 1980er Jahren an einen europäischen Bundesstaat, also eine föderalistische Lösung, geglaubt. Die Staatenbund-Befürworter, also die Konföderalisten, waren ihm im Rahmen der EU-Konzeption nicht so nahe. Wieweit haben Sie das erlebt?

Kohl hat kaum eine Rede häufiger zitiert, als die Zürcher Rede von Winston Churchill aus dem Jahr 1946 mit der Bekundung, Vereinigte Staaten von Europa zu schaffen – wobei beachtlich ist, dass Churchill Großbritannien in den von ihm angesprochenen Vereinigten Staaten von Europa aussparte. Kohl hat unaufhörlich darauf Bezug genommen. Ich wage aber die Bemerkung: Ob er das Zitat wörtlich genommen hat, steht auf einem anderen Blatt. Hier wird eine Eigenschaft Kohls deutlich, die ich jetzt einmal mit der Redewendung umschreibe: Probleme lösen, wenn man am Ufer des Flusses angekommen ist. Er hat Churchill zitiert, aber sich eigentlich nicht differenziert damit beschäftigt, wie man das Konzept der Vereinigten Staaten von Amerika auf Europa übertragen könnte. Dass damit die Nationen abgelöst werden müssten, hat er nicht behandelt. Genauso hat er 1990 den Westdeutschen zwar Anteil an der Freude über die Wiedervereinigung vermittelt, er hat aber nicht sehr viel über die Folgen der Wiedervereinigung für die Westdeutschen gesprochen. Auch bei der Einführung des Euro – die natürlich völlig richtig war – wird deutlich, dass die Frage, was in einer Situation wie heute im Falle der Staatsverschuldungskrise zu geschehen habe, nicht beantwortet wurde.

Das klingt aber nicht nach einem großen außenpolitischen Konzept. Das klingt nach einer pragmatischen Tagespolitik.

Gelegentlich tun Sie in der Politik gut daran, die Probleme rechtzeitig, aber nicht zu früh zu lösen.

370 | Lothar de Maizière (geb. 1940), deutscher Politiker der CDU, 1990 erster und letzter demokratisch gewählter Ministerpräsident der DDR, 1990 kurze Zeit Bundesminister für besondere Aufgaben.

Wir reden über den Weg, nicht aber über das Ziel.

Ja, aber der Satz „Kommt Zeit, kommt Rat“ hat auch seine Berechtigung. Sie können auch die Bevölkerung überfordern. Sie müssen manches reifen lassen, selbst wenn Sie wissen, wie es reift. Sie können nicht alles zu jeder Zeit sagen. Ich weise zwar darauf hin, dass Kohl gelegentlich einen Teil der Probleme für später offen gelassen hat, nehme ihn aber auch wieder in Schutz. Wir hätten bei der Tagung auf Schloss Kleßheim 1978 alles kaputt gemacht, wenn wir nur eine Endlösung angegeben hätten. Denken Sie einmal daran, was zu dieser Zeit in Spanien und Portugal los war. Was man sagen konnte, ist, dass jeder demokratische europäische Rechtsstaat, der die Spielregeln einhält, ein Recht darauf hatte, Mitglied zu werden. Manchmal muss man Dinge erst auf die Ziele zu führen.

Man muss primär sehen, dass Politiker Wahlen gewinnen wollen. So konnte Kohl auch nicht sagen: „Bedenkt die schweren Folgen, die auf Euch Ostdeutsche zu kommen.“ Er konnte nicht auf die Probleme hinweisen, die auf Deutschland zukommen würden.

Wenn man Ihre These, dass Politiker Wahlen gewinnen wollen, akzeptiert, muss man die umstrittene Frage stellen, wie man Wahlen gewinnt. Sie haben damit eine neue Tür aufgemacht. Man gewinnt Wahlen nämlich nicht mit Gefälligkeiten.

Ja, aber man kann seinem Kinde nicht alles sagen.

Weil die Zeit nicht reif dafür war. Man muss vorsichtig sein und darf die Wähler nicht zu Kindern erklären. Gleichzeitig muss man aber ihr Fassungsvermögen berücksichtigen.

Eine Frage noch zum Weg und dem Ziel: Jean Monnet, Transatlantiker und Europäer zugleich, war noch in den 1970er Jahren mit dem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa aktiv. Helmut Schmidt und Willy Brandt waren beide daran beteiligt. War eigentlich Monnet für deutsche Christdemokraten ein Thema? War er auch für Kohl und Sie ein Begriff?

Ja, selbstverständlich war er ein Begriff für Kohl und für uns alle. Die Bemerkung, dass, wenn er nochmal ein Konzept zur Integration vorlegen müsste, er mit der Kultur anfangen würde, ist zwar reizvoll, aber

sie stammt nicht von ihm. Dennoch ist es eine griffige Bemerkung, weil die Leute sie verstehen. One man, one vote – das geht nicht, zumindest nicht in näherer Zukunft.

1976 wurde die EVP gegründet, 1978 die EDU. Die EUCD bestand bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1998 parallel weiter. Wie haben Sie diese Dreigleisigkeit erlebt und wie würden Sie die Beziehungen zwischen den drei Organisationen beschreiben?

Zunächst glaube ich, dass im internationalen Bereich einmal geschaffene Institutionen langsamer absterben als im nationalen. Sie haben natürlich Recht, aber weil die Parteien in die EVP drängten, beschloss die EUCD 1996 ihre Integration in die EVP. Eine Rolle spielte die EVP, besonders im Zusammenhang der ersten Direktwahl des EP 1979. Auch die EDU spielte eine Rolle. Die dritte Organisation bestand zwar noch, aber niemand interessierte sich mehr für sie. Ich glaube, ich war nie in deren Büro in Rom. Im internationalen Bereich geschieht es häufiger, dass eine Organisation noch weiterbesteht, weil irgendein Generalsekretär oder Präsident noch amtiert, obwohl dessen Organisation de facto nicht mehr aktiv ist.

Diesen natürlichen Vorgang, den Sie beschreiben, hat auch die EDU erlitten. Sie starb dann auch langsam.

Ja gut, aber sie hat wenigstens selbst beschlossen, sich aufzulösen. Das war kurz nach meiner aktiven Zeit in der EDU. Meine letzte Tat bestand darin – als sicher war, dass Mock aufhörte – ein Abendessen in Erfurt für ihn auszurichten. José María Aznar³⁷¹ wurde Vizepräsident der EDU. Den Spanier konnte Kohl übrigens absolut nicht leiden, weil er seinen Kontrahenten Felipe González hoch schätzte. Er ist sogar für González zum Wahlkampf nach Spanien gereist.

Man ist beeindruckt von der deutschen Besonderheit, sich mehrere Möglichkeiten offen zu halten. Das eröffnet alleine schon die Existenz von CDU, CSU, EVP und EDU. Man hat die größere Chance bei den Siegern zu sein. Sie haben jetzt das Beispiel von der iberischen Halb-

371 | José María Aznar (geb. 1953), spanischer Politiker der PP, 1996–2004 Ministerpräsident seines Landes.

insel gebracht, als die CDU z. B. auf Adolfo Suárez³⁷² setzte, während die CSU um Strauß auf die Alianza Popular (AP),³⁷³ die spätere Partido Popular (PP) von Aznar, gesetzt hat. So gesehen ist die Chance groß, dass man als bundesdeutsche Vertreter einer C-Partei auf jeden Fall bei den Gewinnern ist.

Das ist natürlich eine sehr kritische Bemerkung.

So war es auch gemeint.

Ich meine – das zielt jetzt vor allem auf die Arbeit der KAS in Lateinamerika und Afrika –, dass wir international natürlich nicht nur daran interessiert sind, Freunde zu haben, sondern auch Erfolg. Wir sind mit vielen Sofaparteien in Ehren untergegangen. Davon hatte aber niemand etwas – vor allem das Volk nicht. Darum gibt es eine eigene Geschichte über „Die Entwicklung der christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika“ in den letzten 50 Jahren. Ich wiederhole: Eine Sofapartei ist zwar etwas Schönes, aber sie können damit kein Land aus der Krise führen. Sie haben auch die politische Verantwortung, rechtzeitig umzusteuern, wenn man erkennt, dass es vergebliche Liebesmühe ist. Eines hat bislang noch keine Rolle gespielt: Die Freundschaft von Andreas Khol und mir geht vor allen Dingen auch auf die unzähligen *fact-finding-missions*, die wir unter den abenteuerlichsten Bedingungen in halb Europa und darüber hinaus durchgeführt haben, zurück. Das war nicht immer eine so spektakuläre Reise wie nach Malta, das waren nicht immer so fundamentale Begegnungen wie das Treffen mit dem Kommunisten Valentin Falin.³⁷⁴ Unsere Begegnung mit Falin begann in Wien und endete in Moskau. Khol und ich waren in Rumänien, Bulgarien, Polen und den baltischen Ländern. Ich erinnere mich an einen Abend – nur ein Beispiel – 1990 in einem Hotel in Budapest. Wir haben uns vorgenommen, mit allen ungarischen Parteien von morgens um neun bis abends um zehn zu sprechen. Als József Antall, unser Partner und Freund, kam, schien alles klar zu sein. Um neun Uhr abends erschien aber noch eine Gruppe, deren Programm besagte, dass man

372 | Adolfo Suárez (geb. 1931), spanischer Politiker der UCD, 1976–1981 erster demokratisch gewählter Ministerpräsident seines Landes nach dem Tode Francos.

373 | Die Alianza Popular existierte 1976–1989.

374 | Valentin Falin (geb. 1926), russischer Diplomat und Politiker der KPdSU, 1971–1978 Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, 1989–1991 Mitglied des ZK der KPdSU.

sich nur bis 35 Jahre engagieren dürfe – Fidesz mit Namen, Sprecher Viktor Orbán.³⁷⁵ Ich erinnere mich ganz genau – das ist jetzt 22 Jahre her –, dass Herr Orbán der Letzte war. Andreas Khol – Sie kennen ihn – erwiderte Orbán, dass dies doch lächerlich sei und daraus sowieso nichts werden könne. Heute ist Herr Orbán Ministerpräsident und József Antall seit 18 Jahren tot. Gott sei Dank, besteht seit dieser Zeit eine enge Kooperation zwischen Orbán und der KAS. Bei aller Kritik, die ich an Herrn Orbán anzubringen habe, ist es gut, dass wir eine enge Verbindung zu ihm haben – sonst würde er vielleicht noch größere Fehler machen.

Langjähriger Präsident der EUCD und maßgeblicher Akteur auf deutscher Seite war Kai-Uwe von Hassel. Wie haben Sie diesen Mann erlebt?

Ein Herr, geprägt durch die Tatsache, dass er in Afrika, in Tansania, geboren wurde. Sein Vater war Missionar. Von Hassel war ein sehr selbstbewusster Mann, der in der CDU und bei Kohl eine große Rolle spielte, nicht zuletzt weil er evangelischer Konfession und Norddeutscher war. Kohl musste ja zur damaligen Zeit – heute gilt es eher umgekehrt, weil die Katholiken nicht mehr so gefragt sind – sehr darauf achten, Männer und Frauen evangelischer Konfession auf seiner Seite zu haben. Damals war das sehr wichtig. Hier bewährte sich Kohls schon erwähnte Fähigkeit, Leute dort einzusetzen, wo sie seinen Zielen dienlich waren. Es war sehr richtig, von Hassel sich so stark für Europa engagieren zu lassen und ihn dabei auch zu unterstützen. Von Hassel, der später mit Kohls Unterstützung auch Bundestagspräsident und viele Jahre Präsident der Hermann-Ehlers-Stiftung war, hat für zwei Jahrzehnte in der CDU eine einflussreiche Rolle gespielt.

1983 übernahm Thomas Jansen in Personalunion das Amt des Generalsekretärs der EVP und der EUCD. Welchen Eindruck hatten Sie von diesem Mann?

Thomas Jansen ist der Sohn seines Vaters. Sein Vater hat – wie seine Söhne auch – in der CDU eine wichtige Rolle gespielt. Was Kohl betrifft, litt Thomas Jansen darunter, dass er ein Barzel-Mann war, aber Rheinland-Pfälzer. Beide waren kein einträchtiges Duo. Das ist vorübergehend

375 | Viktor Orbán (geb. 1963), ungarischer Politiker der Fidesz, 1998–2002 sowie seit 2010 Ministerpräsident seines Landes.

etwas schwierig gewesen. Jansen hat eine große Bedeutung für die EVP gehabt. Er ist ein hochachtbarer Mann.

Welche Rolle spielten eigentlich die Präsidenten der EVP für die Kooperation der Christdemokraten? Wie würden Sie Leo Tindemans charakterisieren?

Leo Tindemans wurde eingeladen, wenn Europawahlkämpfe zu bestehen waren. Ich erinnere mich an sehr eindrucksvolle Auftritte von ihm. Leo Tindemans gründete seine Stärke auf der Repräsentanz eines kleinen Landes. Es gab nicht viele Konflikte. In meiner Erinnerung hat er sich, nachdem er lange die erste Geige gespielt hatte, sehr zurückgenommen und stand nicht mehr so im Vordergrund. Später kam dann der Belgier Wilfried Martens, ein hoch verdienter Mann. Jacques Santer hatte große Popularität, weil er Luxemburger war. Tindemans hat mich begeistert, aber ich hatte keine Dauerkontakte zu ihm. Ich habe ihn gekannt, ich habe ihn geschätzt. Wir sind gut miteinander umgegangen. So eng wie mit Santer oder später Martens war ich aber nicht mit ihm verbunden.

Warum hat Tindemans Sie begeistert?

Weil er uns Deutschen Europa als Nichtdeutscher darstellen konnte. Verstehen Sie? Das war ja in Deutschland nicht ganz einfach. Das hat er sehr überzeugend gemacht.

Das klingt aber nach der Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Es klingt nach einer Überbewertung der Benelux-Staaten. Lassen wir einmal im Raum stehen, ob ein Wilfried Martens zu seiner Zeit für die Entwicklung in MOE auf der Höhe des Geschehens war. Ob ein Benelux-Mann für die Entwicklung in MOE wirklich diesen Einfluss hatte, darf man bezweifeln. Als Österreicher scheint es als Überbewertung der Kleinen, indem man Angehörige der kleineren Staaten mit wichtigen Funktionen betraut.

Ich akzeptiere, dass Österreich die Rolle als Türöffner für MOE, vor allem Südosteuropa hatte. Es ist ein kleineres Land an einer logistisch und geographisch wichtigen Schnittstelle.

Das waren die Benelux-Länder nicht.

Moment! Bleiben wir bei Österreich. Es ist gar keine Frage, dass Österreich und in Besonderheit auch Andreas Khol in der EDU die Chance einer Vorreiterrolle zur Türöffnung, weniger nach Polen, aber sehr intensiv nach MOE, Tschechien usw., erkannt und genutzt haben. Diese strategische Nähe hat Benelux natürlich nicht, aber wenn Persönlichkeiten wie etwa Jean-Claude Juncker auftreten, z.T. auch früher Pierre Werner oder Santer, dann ist trotz geografischer Ferne auch denen eine nicht zu unterschätzende Rolle zugekommen. Dem Luxemburger nimmt man immer ab, dass er nicht aus Großmachtsucht kommt. Verstehen Sie? Der luxemburgische Politiker hatte stets einen großen Vorteil gegenüber jedem deutschen.

Welche Störfaktoren gab es im Hinblick auf den Aufbau und die Organisationsarbeit in der transnationalen Parteienkooperation? Wer waren die konfliktträchtigsten, streitbarsten und somit sozusagen schwierigsten Persönlichkeiten auf nationaler wie auf europäischer Ebene?

Da kann man eine Doktorarbeit darüber schreiben. Der größte Störfaktor war die kommunistische Hälfte Europas mit fortdauernden neuen Bedrohungen, wie z. B. der Berlinblockade, dem Mauerbau, dem drohenden dritten Weltkrieg usw. Außerdem war natürlich die Frage, ob ein amerikanischer Präsident etwas von Europa verstand oder nicht, wichtig. Innerhalb Europas war Frau Thatcher bis zu einer gewissen Grenze ein Störfaktor. Das ist gar keine Frage. Bis zu einer gewissen Grenze, denn sie hat auch große Verdienste, etwa, dass sie England in bemerkenswerter Weise modernisiert hat. Das nützte auch Europa, aber sie war ohne Zweifel ein Störfaktor. Ein Störfaktor waren die ständigen Regierungskrisen in Italien. Zunächst ist Europa ja von den sechs Staaten gegründet worden. Neben Frankreich war Italien fundamental wichtig. Nebenbei bemerkt: Das einzige Verdienst von Berlusconi ist, dass Regierungen längere Amtszeiten haben. Vorher war Italien wirklich ein unsicherer Kantonist. In Deutschland konnte – wenn ihm gerade etwas über die Leber gelaufen war – Franz Josef Strauß ein Störfaktor sein, aber nicht auf Dauer und auch nur bis 1988. In Deutschland war natürlich, wenn Sie so wollen, auch die Opposition – also in unserer Regierungszeit die SPD – ein Störfaktor.

Wir beschäftigen uns mit dem Thema der transnationalen Parteienkooperation und fragen uns natürlich auch, welche Bedeutung diese im historischen Rückblick grundsätzlich hatte? Vernachlässigbare Größe oder wichtiger flankierender Faktor?

Es war ein wichtiger Faktor neben anderen. Die Idee der transnationalen politischen Zusammenarbeit von Parteien ist ja wesentlich älter. Irgendwann muss der Name Coudenhove-Kalergi fallen. Bis 1945 war es der eine oder andere weitblickende Mensch, der eine solche Vision einer transnationalen Kooperation hatte. Nach 1945 ist erkannt worden, dass erstens die Geschichte in Zukunft anders geschrieben werden muss als in der Vergangenheit, weil man sonst keine Kriege verhindern und Frieden nicht schaffen konnte, und dass zweitens nicht nur die Staaten, sondern auch gleichgesinnte Parteien dazu gehörten. Die Parteien befanden sich aber in sehr ungleichen Stadien ihrer Entwicklung. Die Schwierigkeit für Europa liegt insgesamt in der sehr unterschiedlichen staatlichen Konstellation der Mitgliedsstaaten: Nehmen Sie Frankreich, nehmen Sie Deutschland! Deshalb waren auch die Parteien nicht so ohne Weiteres zusammenzubringen. Es ist daher ein großes Verdienst, dass es die Parteien auf ihrer gemeinsamen Grundlage, wie z. B. dem christlichen Menschenbild oder dem Sozialismus – Brandt darf man nicht ganz übersehen –, geschafft haben, sich ernsthaft um europäische Zusammenschlüsse zu bemühen. Heute müssen die Regierungschefs zusammenkommen. Aber auch die Parteien für die sie stehen müssen sich zusammenfinden. Grob gesagt: Wir haben heute mit gewissen Variationen ein europäisches Parteiensystem, wie wir es früher nicht hatten. Wir haben alles in allem in allen Ländern ein Mehrparteiensystem. Wir haben überall irgendwelche kommunistischen Reste. Wir haben überall Sozialdemokraten. Wir haben überall in unterschiedlichen Formen ein liberales Rinnsal. Wir haben überall Grüne, die allerdings sehr unterschiedlich aufgestellt sind. Die deutschen Grünen sind anders als die österreichischen, aber immerhin. Wir haben überall rudimentäre Rechtsgruppen mit antieuropäischen und europaskeptischen Tendenzen. Wir haben überall christlich-demokratische, wertkonservative Mitte-Rechts-Parteien. Es gibt zwar auch Sonderwege, aber insgesamt hat sich doch eine wesentliche Annäherung des Parteiensystems herausgebildet. Dass es vor jedem Gipfel ein A- und B-Ländertreffen gibt, ist dafür der Beleg. Gott sei Dank drängen die Union, CDU und Konservative, die B-Länder darauf, dass man nicht dagegen und gleichzeitig dabei sein kann, wie David Cameron das gerne möchte.

Bevor wir auf den Fall der Mauer zu sprechen kommen, lassen Sie uns über den Bremer Parteitag im September 1989 reden, der zu einem Zeitpunkt stattfand, als sich abzeichnete, dass die Grenze von Ungarn nach Österreich geöffnet wird. Wir wissen, dass damals

schon versucht worden ist, massiv am Stuhl von Helmut Kohl zu sägen. Wie haben Sie das eigentlich erlebt?

Genauso wie Sie es beschrieben haben. Es war ganz eindeutig. Die Tatsache, dass Kohl Geißler nicht mehr als Generalsekretär vorschlagen wollte, hat zu dieser Revolte, angeführt von Geißler und unterstützt von Rita Süßmuth³⁷⁶, Norbert Blüm³⁷⁷ und Lothar Späth, geführt. Ihre Revolte blieb aber erstaunlicherweise auf dem Bremer Parteitag auf halbem Wege stecken. Der entscheidende Grund war die veränderte Weltlage. Es war auch bei Adenauer schon immer so, wenn seine Leute über irgendetwas stritten, kam er mit einem Thema, das alles überwölbte. Kohl kam die Situation zu Gute. Er hat bekanntlich Gyula Horn gebeten, noch ein paar Stunden mit der Nachricht, dass die Grenze nach Österreich dauerhaft offen sein würde, zu warten. Aber selbst wenn die Nachricht nicht gekommen wäre, die Revolte war schon im Abklingen begriffen. Es mag sein, dass die Nachricht aus Ungarn endgültig zum Scheitern geführt hat. Ich bin aber relativ sicher, dass Kohl auch ohne Ungarn erfolgreich gewesen wäre, denn er hatte letztlich die stärkeren Truppen. Durch das Ungarnereignis ist die Revolte vollkommen in die Hose gegangen.

Wo standen Sie damals?

Natürlich auf der Seite Kohls. Das ist selbstverständlich.

Für manche war es überhaupt nicht selbstverständlich.

Nein, natürlich nicht, aber für mich war es das.

Wir haben die Reaktionen der übrigen EG-Staaten auf den Fall der Mauer schon angesprochen. Von den 11 EG-Partnern hatte nur der Spanier Felipe González den Zehn-Punkte-Plan Kohls goutiert. Der Rest war alles andere als sehr erfreut. Kohl war vor allem über Giulio Andreottis Äußerung empört. Wie haben Sie das damals erlebt? Solidarität in der christlich-demokratischen Parteienfamilie – kein Thema?

376 | Rita Süßmuth (geb. 1937), deutsche Politikerin der CDU, 1985–1988 Jugend-, Familien- und Gesundheitsministerin ihres Landes, 1988–1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages.

377 | Norbert Blüm (geb. 1935), deutscher Politiker der CDU, 1982–1998 Arbeitsminister seines Landes.

Man muss zunächst einmal das Verhältnis zwischen Kohl und Andreotti berücksichtigen, das weit zurückgeht. Das hat sich 1989 nur bestätigt. Andreotti liebte Kohl nicht. Das kann man ohne Übertreibung sagen. Aber zu der eigentlichen Frage von Ihnen: Ich war natürlich zunächst empört, dass nahezu alle europäischen Staaten ihre vorherigen über 30 Jahre gehaltenen Reden zur Makulatur machten. Sie haben sich alle bei allen Anlässen, die es vorher gab, zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und zur Wiedervereinigung bekannt – alle, Jung und Alt. Die zwei einzigen westlichen Partner, die sich, als es soweit war, noch daran erinnerten, waren George Bush – das war ganz entscheidend, noch entscheidender als González – und eben der spanische Ministerpräsident. Man muss sich das einmal vorstellen: Mitterrand machte ohne jede Notwendigkeit noch im Dezember 1989 einen Staatsbesuch bei Modrow in der DDR. Alles was Recht ist, aber das war wirklich unnötig. Kohl hingegen muss man wirklich bewundern. Wenn ich an Kohls Stelle gewesen wäre, hätte ich meinen Zorn über Herrn Mitterrand nicht gezügelt. Kohl ist aber an den Atlantik gefahren und hat zwei Tage lang mit ihm geredet. Er ist auch nach Straßburg gefahren, wo Frau Thatcher den bemerkenswerten Satz sagte: „Zweimal haben wir sie besiegt, jetzt sind sie wieder da!“ Auch da hat sich bewährt, dass Kohl nicht explodiert ist und den Saal verlassen hat. Er hat stattdessen ruhig Blut bewahrt und dadurch erreicht, dass dieselben Andreottis und Thatchers ein paar Monate später den Zwei-plus-Vier-Vertrag akzeptiert bzw. unterschrieben haben. Das muss man berücksichtigen. Sie haben es akzeptiert – nicht, weil sie dafür waren, sondern obwohl sie dagegen waren. Das wäre natürlich ohne Gorbatschow und Bush nicht möglich gewesen. Wobei der sowjetische Führer falsch eingeschätzt wird: Er hat die größten Verdienste – aber nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche. Er wollte die Einheit nicht, sondern er musste sie zulassen. Unser Beifall von deutscher Seite ist voll berechtigt. Gott sei Dank, hat er durchgehalten und ist erst danach gestürzt worden. Es war nicht sein strategischer Weitblick. Er konnte einfach nicht anders. Trotzdem: Wenn Gorbatschow die Truppen hätte marschieren lassen, wenn Bush nicht auf Seiten Kohls gestanden hätte und wenn in Europa nicht wenigstens González sich stark gemacht hätte, wäre es anders kommen. Was hat eigentlich Luxemburg gesagt? Ich weiß es gar nicht mehr so genau.

Santer war eher freundlich gesonnen.

Ja, das war er wahrscheinlich.

Man muss festhalten, dass die christdemokratische Parteienfamilie versagt hat. González war innerhalb der SI eine führende Persönlichkeit. Man kann unterstellen: Die Sozialisten haben die Zeichen der Zeit erkannt und auch eine europäische Vision umgesetzt.

Ja, natürlich. Einige haben die Zeichen der Zeit erkannt. Nicht alle. In dem Punkt hat auch Willy Brandt geholfen. Die deutsche Sozialdemokratie war völlig zerstritten. Es wurde der größte Unsinn artikuliert. Die Ministerpräsidenten Lafontaine und Schröder haben im Bundesrat gegen die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gestimmt.

Kommen wir einmal auf Ihre persönliche politische Karriere zu sprechen. Im Frühjahr 1992 wurden Sie zum Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen gewählt. Sie sind der einzige deutsche Politiker, der in zwei verschiedenen Bundesländern des ehemals geteilten Deutschlands dieses Amt bekleidete – vor und nach der deutschen Einheit genauer gesagt. Wie ist es eigentlich dazu gekommen?

Zunächst einmal werde ich das hoffentlich wohl auch bleiben. Es ist natürlich völlig ungewöhnlich, dass jemand in ein anderes Land kommt, um dort Ministerpräsident zu werden. Es stammen nicht alle Ministerpräsidenten von Geburt her aus dem Land, in dem sie dieses Amt bekleiden. Aber es ist wohl noch nicht vorgekommen, dass jemand ohne Verwurzelung in einem Land Ministerpräsident wurde. Das hat allerdings nichts mit mir zu tun, sondern mit der einmaligen Situation. Es ist vergleichbar mit dem Ruf der Sachsen nach Kurt Biedenkopf oder auch mit dem Ruf Sachsen-Anhalts nach einem Niedersachsen, was letztlich allerdings nicht erfolgreich endete. Übrigens: Überraschenderweise haben wir heute wieder in Mecklenburg-Vorpommern einen westdeutschen Ministerpräsidenten. Ich bin dankbar, dass Sie fragen, wie es dazu kam. Es ist nicht Helmut Kohl gewesen, der sagte, ich solle dorthin gehen. Im Gegenteil, Kohl und ich haben uns am Sonntag, den 26. Januar 1992, darauf geeinigt, dass ich nicht nach Thüringen gehe. Begründung: Ich hatte die Verantwortung für die KAS zwei Jahre zuvor übernommen. Zu dieser Zeit kamen auf die Stiftung in den neuen Ländern und in ganz MOE ungeheuer neue Aufgaben zu. Wir hatten zwar Bildungswerke in allen westdeutschen Ländern, aber keine in Ostdeutschland. Dort mussten also zügig welche gegründet werden. Wir waren dabei, in allen mittel- und osteuropäischen Ländern tätig zu werden. Außerdem hatte ich den Eindruck, dass Kohl jemanden anderes in petto hatte. Das hat er mir zwar nicht gesagt, ich hörte es aber

heraus. Deswegen haben wir am Sonntagabend in einem Telefongespräch vereinbart, dass ich nicht nach Thüringen gehen sollte. Als die Thüringer mich gefragt hatten, ob ich kommen wolle, hatte ich entgegnet, dass ich es mir vorstellen könnte, wenn es tatsächlich gewünscht wäre. Vereinbart wurde letztlich aber: Nein! Dann kam es am Montag früh, am 27. Januar, zu einem Gespräch im Kanzleramt in Bonn. Kohl, Generalsekretär Rühle und mehrere Thüringer, unter anderem der vorherige Ministerpräsident Josef Duchač³⁷⁸, der Parteivorsitzende Böck³⁷⁹, der Fraktionsvorsitzende Schwäblein³⁸⁰, Christine Lieberknecht, die jetzige Ministerpräsidentin, die auch damals schon eine Rolle spielte, weil sie den Brief aus Weimar geschrieben hatte, unterhielten sich mehrere Stunden lang. Kohl hatte einen Vorschlag, der von den Thüringern nicht gewollt wurde. Sie hatten einen Vorschlag, den Kohl nicht akzeptierte. Nachdem dann bis mittags keine Einigung erzielt werden konnte, hat man sich darauf verständigt, dass man sich auf mich einigen könnte. Kohl hat nachgegeben, weil er seinen Mann nicht durchsetzen konnte. Die anderen haben nachgegeben, weil sie sich nicht durchsetzen konnten. Ich war zu dieser Zeit in München bei der HSS, als sie mich anriefen und über die veränderte Situation unterrichteten. Sie baten mich darum, sofort nach Erfurt zu fahren. Das habe ich gemacht.

Würden Sie meinen, dass sich die Qualität der Zusammenarbeit zwischen den Parteien christlich-demokratischer Provenienz im transnationalen Kooperationsrahmen durch die Öffnung der Mauer, den Fall des Eisernen Vorhangs und in der folgenden Zeit verändert hat? Ist sie vielleicht zu einem gewissen Teil auch überflüssig geworden, weil sich die Staats- und Regierungschefs und die Außenminister der EU-Staaten viel häufiger treffen? Welchen Stellenwert hat transnationale Parteienkooperation heute noch?

Grundsätzlich hat sie nicht an Bedeutung verloren. Sie dürfen ja nicht vergessen, dass die Staats- und Regierungschefs nicht ohne die Unterstützung ihrer Parteien handeln können. Diese politischen Führer wach-

378 | Josef Duchač (geb. 1938), deutscher Politiker der CDU, 1990–1992 thüringischer Ministerpräsident.

379 | Willibald Böck (geb. 1946), deutscher Politiker der CDU, 1990–2004 Mitglied des thüringischen Landtags, 1990–1993 Landesvorsitzender seiner Partei.

380 | Jörg Schwäblein (geb. 1952), deutscher Politiker der CDU, 1990–2009 Mitglied des thüringischen Landtags, 1990–1995 Fraktionsvorsitzender seiner Partei.

sen ja nicht auf den Bäumen, sondern sind alle auf Zeit aus ihren Parteien und Ländern nach Europa gesandt. Sie treffen sich übrigens auch in beiden Gruppen vor jeder Sitzung. Sie treffen auch personalpolitische Entscheidungen nach Mehrheiten, z. B. im Falle Barrosos. Also grundsätzlich ist die Parteienkooperation nach wie vor relevant, aber natürlich ist Alltag eingezogen. Es ist nicht mehr jedes Treffen von erregender Bedeutung wie es vorher öfter der Fall war. Es ist Routine hinzugekommen. Die Bedeutung hat nicht abgenommen, aber die Gewöhnung hat zugenommen. Durch den Fall des Eisernen Vorhangs ist die Bedrohung durch den Kommunismus weggefallen. Aber der Kreis der Mitgliedsländer und natürlich auch der Mitgliedsparteien ist stark angewachsen.

Die Türkei stellt einen sehr komplexen Bereich dar. Es gibt seit 1963 bekanntermaßen das Assoziierungsabkommen zwischen Ankara und der damaligen EWG. Im weiteren Verlauf ergaben sich ganz enge Kontakte. Es gab aber auch sehr viele Kontakte zwischen den Parteien, die sehr intensiv waren und im Rahmen der EDU gepflegt wurden. Es ist das Fatale an der Diskussion mit Ankara. Man gibt den Türken das Gefühl, dass sie dabei sind. Wir wissen alle, dass es in der Bundesrepublik einen demokratiepolitisch relevanten türkischen Faktor gibt – türkischstämmige Deutsche. Sie stellen einen wahlpolitischen Faktor dar. Glauben Sie, dass die Einschätzung der christdemokratischen Parteienfamilie richtig war, die Türken möglichst eng zu binden und ihnen das Gefühl zu geben, dass sie zu Europa gehören? Oder war es naiv zu glauben, dass man angesichts der laufenden Diskussion zu einem Ergebnis kommen kann?

Der wahlpolitische Faktor spielt erst in jüngster Zeit eine Rolle. In Kleßheim war das noch nicht relevant. Bei der Türkei sind zwei Punkte wichtig: Erstens ist ihre strategische Lage von Bedeutung. Das ist auch der Grund, warum Amerika so sehr darauf drängt, die Türkei in Europa zu integrieren. Sie ist von entscheidender Bedeutung für die Befriedigung dieses Teils der Welt. Deshalb sind auch viele europäische Länder so türkeifreundlich. Zweitens lautet die Grundfrage, welche Folgen für die EU ein Überschreiten des Bosphorus hätte. Ich erinnere mich, dass ich vor ein paar Jahren einmal Schimon Peres,³⁸¹ dem jetzigen Präsi-

381 | Schimon Peres (geb. 1923), israelischer Politiker der Kadima Partei, 1977, 1984–1986 und 1995/96 Premierminister seines Landes, 1986–1988, 1992–1995 und 2001/02 Außenminister, seit 2007 Präsident seines Landes.

dentem Israels, einen Besuch abgestattet habe. Peres sagte mir: Wissen Sie, endgültig Frieden herrscht erst, wenn Israel Mitglied der EU ist. Wenn Sie die Mitgliedschaft der Türkei bejahen, stellt sich die Frage, zu welchem Land man dann noch Nein sagen kann. Ich habe Russland bereist. Bis zum Chinesischen Meer steigt die Überzeugung, man gehöre zu Europa. Sie nimmt nicht ab. Sie ist in Moskau hoch, aber im Osten noch viel höher. Wir müssen uns also darüber einig werden, ob es Grenzen Europas gibt und ob sie nur im Interesse oder ob sie auch in der Zugehörigkeit zu dem, was man Abendland nannte, liegen. Das ist entscheidend. Deswegen gibt es bei uns, anders als in Österreich, starke Widerstände gegen einen türkischen EU-Beitritt. Inzwischen – und insofern ist das auch ein Beweis dafür, dass sich innerhalb einer Dekade die Perspektiven ändern – schlägt Recep Tayyip Erdoğan³⁸² einen bemerkenswerten Weg hinsichtlich der Rolle der Türkei für Nordafrika ein. Ich würde gerne noch einmal ein paar Jahre warten. Andererseits erhoffe ich mir von der Türkei friedensstiftenden Einfluss. Wenn dieser Einfluss aber zur Vormacht führte, würde eine Mitgliedschaft noch problematischer. Dann müssten wir natürlich die Mitgliedschaft von Tunesien, Libyen und Ägypten auch in Erwägung ziehen. Das macht dann die Integration Europas schwieriger. Die jetzt anstehenden Mitgliedsanträge ändern die Zahl, aber nicht die Problematik – auch wenn Serbien einmal beitreten sollte. Wenn die nordafrikanischen Länder in der Folge wie die Türkei beitreten sollten, würden wir tendenziell doch eher wieder ein Staatenbund und nicht ein Bundesstaat. Da bin ich dagegen. Ich bin dafür, dass wir einen handlungsfähigen Staatenverbund im alten Europa schaffen – eines Tages mit den Balkanländern, mit der Ukraine, mit Weißrussland.

Das heißt also, dass Sie nicht für eine Mitgliedschaft der Türkei sind?

Ja.

Kommen wir noch auf Ihre langjährige Tätigkeit für die KAS zu sprechen. Welche Rolle spielt diese politische Stiftung eigentlich hinsichtlich des Fortschreitens der europäischen Integration allgemein und im Hinblick auf die Kooperation der christdemokratischen Parteien speziell?

382| Recep Tayyip Erdoğan (geb. 1954), türkischer Politiker der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, seit 2003 Ministerpräsident seines Landes.

Die politischen Stiftungen sind allesamt ein nützlicher und notwendiger Faktor bei der Weiterentwicklung Europas – jede für sich und alle zusammen. Alle Stiftungen – ich lasse jetzt die Rosa-Luxemburg-Stiftung außer Acht – sind in ihrer Grundlage europafreundlich. Darin stimmen sie überein. Das ist erfreulich. Die KAS hat immer ein starkes europäisches Engagement gehabt, was sich auch daran zeigt, dass wir, obwohl es finanziell schwierig ist, in einer ganzen Reihe europäischer Länder Büros haben, die wir leider nicht aus Mitteln des Entwicklungshilfeministeriums finanzieren können. Wir sind in Brüssel, London, Paris, Madrid, Rom usw. aktiv. Wenn Sie so wollen dort, wo es besonders notwendig ist. In Wien und Luxemburg müssen wir nicht mehr sein. Natürlich sind wir eine Stiftung, deren nationale Aufgabe es ist, die Idee der christlichen Demokratie zeitgemäß neu auszusagen. Deshalb sind wir natürlich vor allem an der Zusammenarbeit mit den christlichen Parteien Europas interessiert. Ich stoße mich aber nicht am Namen. Die ÖVP gehört genauso dazu. Insgesamt lässt das christliche Element weltweit nach, während das konservative zunimmt.

Das provoziert natürlich noch eine Nachfrage: Wie sehen Sie das Ausscheiden der britischen Konservativen aus der Parteienfamilie der europäischen Christdemokraten und Konservativen?

Das ist höchst bedauerlich, unnötig und kurzsichtig. Ich erinnere mich an ein intensives Gespräch mit David Cameron. Soweit ich ihn verstehe, ist es bei ihm auch mehr eine Konzession an die europaskeptischen Teile seiner Partei. Außerdem hat es meiner Ansicht nach – damit schließen wir nach einigen Stunden des Gesprächs den Bogen – auch etwas mit dem Wahlrecht zu tun. Für einen walisischen Abgeordneten ist Brüssel immer noch weiter von London weg, als von New York. Das ist sehr bedauerlich, aber es ist leider so.

Lieber Herr Dr. Vogel, lieber Herr Ministerpräsident, der Zeitpunkt ist gekommen, an dem wir uns bei Ihnen bedanken müssen, dass Sie uns für dieses mehrstündige Gespräch durch die Geschichte zur Verfügung gestanden haben. Sie haben uns sehr viele Antworten und damit auch neue Einblicke geboten. Herzlichen Dank!

Vielen Dank. Ich hoffe, dass das Gespräch einigermaßen nützlich war. Ich habe es jedenfalls sehr gerne geführt und finde es sehr schön, dass auch hier eine österreichisch-deutsche Kooperation stattfindet und dass

dies heute so selbstverständlich möglich ist. Österreich ist zu bedeutend, als dass es nur an seiner Einwohnerzahl gemessen werden darf.



Mit dem Projektteam: Michael Gehler, Johannes Schöner, Bernhard Vogel, Marcus Gonschor, Helmut Wohnout, Hinnerk Meyer (von links nach rechts).